Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Alexander König

Abg. Ulrike Gote

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hans Herold

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dietrich Freiherr von Gumpenberg

Abg. Karsten Klein

Abg. Christa Naaß

Abg. Reinhold Strobl

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Dr. Annette Bulfon

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz) (Drs. 16/15926)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/16188 mit 16/16191),

von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/16150, 16/16151, 16/16153, 16/16154, 16/16155 und 16/16180) sowie

von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/16228 mit 16/16243)

und

**Änderungsanträge zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 -
Bildungsfinanzierungsgesetz**

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) (Drs. 16/16181),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

hier: Planungssicherheit für die Hochschulen (Änderung Art. 5 a Abs. 3 neu BayHSchG) (Drs. 16/16192),

der Abgeordneten

Georg Winter, Renate Dodell, Oliver Jörg u. a. (CSU),

Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß und Fraktion (FDP) (Drs. 16/16193) sowie

der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 16/16244)

und

nach **Abschluss der Ausschussberatungen** eingegangene **Änderungsanträge** der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum **Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz (Drs. 16/15926)** (Drs. 16/16534),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u. a. (SPD)

zum **Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014**

hier: mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01) (Drs. 16/16535),

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)

Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013/2014

hier: Bessere Personalausstattung führt zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt (Kap. 13 01) (Drs. 16/16536) sowie

der Abgeordneten

Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Annette Bulfon u. a. und Fraktion (FDP)

zum **Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 - Bildungsfinanzierungsgesetz (Drs. 16/15926)**

hier: Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 16/16537)

Herr Kollege Rinderspacher hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion stellt hiermit nach § 64 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag den Antrag, den Änderungsantrag der CSU-Fraktion zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsänderungs-

gesetz 2013/2014 – Bildungsfinanzierungsgesetz – betreffend die Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 23. April auf Drs. 16/16537 heute nicht zur Beratung und nicht zur Abstimmung zuzulassen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich begründe diesen Antrag wie folgt: Nach § 54 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung dürfen Änderungsanträge bei Gesetzesvorlagen, die eine Änderung bestehender Gesetze zum Inhalt haben, nur zu solchen Einzelschriften gestellt werden, die bereits in den Ausschüssen behandelt worden sind. Diese Vorschrift ist einschlägig und hier anzuwenden; das ist nachgerade der klassische Fall.

§ 54 Absatz 4 Satz 2 verfolgt den Zweck, den Gesetzgeber vor Überraschungseffekten und Überrumpelungen zu schützen. Das parlamentarische Verfahren der Behandlung von Gesetzesvorlagen nach der Ersten Lesung in den vorberatenden Ausschüssen und im endberatenden Ausschuss soll, wie in der Verfassung und in der Geschäftsordnung vorgesehen, eingehalten werden. Nur in den Ausschüssen ist eine vertiefte und sorgfältige Behandlung von Gesetzesvorlagen und eine Abwägung der Argumente, die für oder gegen die Gesetzesvorlage sprechen, möglich. Deshalb ist diese Vorschrift auf den vorliegenden Fall anzuwenden.

Dies war in den letzten Jahrzehnten im Bayerischen Landtag immer der Fall. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Plenarrede des stellvertretenden Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses Dr. Richard Hundhammer von der CSU vom 25. September 1974: Abänderungsanträge zu Gesetzesvorlagen, die eine Änderung bestehender Gesetze zum Inhalt haben, dürfen künftig nur zu solchen Vorschriften gestellt werden, die bereits in den Ausschüssen behandelt worden sind.

Ich stelle fest: Die in dem CSU-Änderungsantrag beantragten Änderungen des Bayerischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes aus dem Jahr 2000 wurden weder im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in der Sitzung am 11. April noch bei der Endbera-

tung im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz in der Sitzung am 18. April 2013 behandelt.

Meine Damen und Herren, § 54 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung steht der heutigen Beratung der Änderungen des Bayerischen Abgeordnetengesetzes und dem Änderungsantrag zum Entwurf des Bildungsfinanzierungsgesetzes der Staatsregierung entgegen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die CSU ein für sie, und zwar ausschließlich für sie problematisches Thema, nämlich die Beschäftigung von Familienangehörigen, nachgerade im Hauruck-Verfahren beenden will, und dies in parlamentarisch unangemessener und inadäquater Form. Meine Damen und Herren, das schlechte Gewissen muss innerhalb der CSU sehr groß sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir beantragen, diesen Änderungsantrag heute nicht aufzurufen bzw. nicht zuzulassen. In diesem Sinne plädieren wir dafür, über diesen Änderungsantrag in einem geordneten Verfahren, wie dies im Bayerischen Landtag üblich ist, zu beraten, nämlich hier in Erster Lesung, in den Ausschüssen und am Ende wieder hier in Zweiter Lesung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Rinderspacher. Zur Gegenrede hat Herr Kollege Alexander König das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er ist selbst betroffen!)

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir widersprechen diesem Geschäftsordnungsantrag, weil der von Ihnen angeführte § 54 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung nicht einschlägig ist. Wir legen § 54 Absatz 4 Satz 2 anders aus.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte Sie des Weiteren darauf hinweisen, dass es entgegen der Äußerungen des Herrn Kollegen Rinderspacher schon häufig üblich war, am Ende der Beratung von Gesetzentwürfen eine Debatte anzufügen und eine neue Materie zu regeln.

(Widerspruch bei der SPD)

Sinn und Zweck des § 54 Absatz 4 Satz 2 ist es – das Wort haben Sie richtig ausgesprochen, Herr Kollege Rinderspacher –, vor Überraschungen zu schützen. Aber hier liegt keineswegs eine Überraschung vor.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Inhalt des Haushaltsgesetzes ist vom Änderungsantrag nicht tangiert. Im Übrigen wird in dem Änderungsantrag eine Gesetzesmaterie völlig neu geregelt, von der Sie über Parteigrenzen hinweg behaupten, dass Sie diese angeblich unverzüglich und schnellstmöglich regeln wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kollege Rinderspacher, das ist unglaublich. Es ist geradezu eine Unverfrorenheit, wie Sie eine Bestimmung der Geschäftsordnung missbräuchlich benutzen wollen, die vorher bei anderen Vorhaben nie in Rede gestellt wurde, um zu verhindern, dass das, was Sie angeblich Ihren eigenen Dringlichkeitsanträgen zufolge dringend regeln wollen, geregelt wird. Dieses Vorgehen ist an Scheinheiligkeit und Hinterfotzigkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die SPD-Fraktion ist mit der Materie vertraut. Sie hat einen Dringlichkeitsantrag zu der Materie gestellt und darin steht ausdrücklich, es werde gewünscht, dass diese Dinge unverzüglich einer anderen Regelung zugeführt werden. Das haben auch die GRÜNEN zum Ausdruck gebracht. Sogar die FREIEN WÄHLER, die zu meiner Überraschung in Bezug auf den Themenkreis völlig weggetaucht waren, was bei mir Fragen

aufkommen lässt, haben einen Dringlichkeitsantrag gestellt, weil sie diese Materie geregelt haben wollen.

Wir wollen die Materie geregelt haben. Wir haben einen umfassenden Gesetzgebungsvorschlag eingereicht und würden Ihnen dringend empfehlen, sich damit anzufreunden, auch wenn dieser weitergehende Gesetzgebungsvorschlag möglicherweise Fälle behandelt, die es schon gegeben hat oder vielleicht sogar noch geben wird, und zwar nicht in unseren Reihen, sondern in Ihren Reihen. Ich kann Ihnen das im Einzelnen gerne erläutern. Das werden wir dann bei der eigentlichen Beratung des Gesetzgebungsgegenstandes machen. Im Moment kann ich Ihnen nur sagen: Wir legen die von Ihnen angeführte Bestimmung der Geschäftsordnung anders als Sie und richtig aus. Wir legen sie so aus, wie sie bisher immer ausgelegt worden ist. Ich verweise ausdrücklich darauf, dass es sich um keinen neuen Vorgang handelt, sondern dass es bisher Usus war, solche Gesetzgebungsverfahren mit weiteren Regelungen zu bepacken, die dringend erforderlich sind. Für uns ist es dringend erforderlich. Wir wollen die Materie regeln und wir werden sie heute auch regeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung und wir haben eine Gegenrede, wie es sich bei einem solchen Antrag gehört. In diesem Fall geht es meines Erachtens um die Auslegung der Geschäftsordnung, die offensichtlich strittig ist. Deswegen bin ich gehalten, das Plenum darüber abstimmen zu lassen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich streite nicht mit Ihnen, wann Sie was gesehen haben, sondern ich halte mich an die Geschäftsordnung. Ich lasse deswegen darüber abstimmen, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht. Wer dem Antrag des Kollegen Rinderspacher zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Das sind die Abgeordneten der CSU und der FDP. Ich stelle fest, dass dies die Mehrheit ist. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag kommt von der Frau Kollegin Gote. Sie haben das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat unverzüglich einzuberufen, um zu klären, ob das Vorgehen, diesen Änderungsantrag auf die Tagesordnung zu setzen, geschäftsordnungskonform ist. Darüber hinaus möchte ich zur Begründung dieses Antrags darauf verweisen, dass wir über den Dringlichkeitsantrag, den wir heute eingereicht haben, und einen ähnlichen, den die SPD zu dieser Materie eingereicht hat, heute aufgrund der Geschäftsordnung nicht beschließen können, weil sich der Ältestenrat damit befassen muss, da dies den Landtag betrifft.

Dies ist auch bei dem Änderungsantrag der Fall. Auch dies ist für mich ein weiterer Grund, weshalb wir nicht zu einer sofortigen Abstimmung kommen können. Um dies richtig ausdiskutieren und das Vorgehen geschäftsordnungskonform festzumachen, beantrage ich die Unterbrechung der Sitzung und die Einberufung des Ältestenrats.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Der Antrag auf Einberufung des Ältestenrats ist geschäftsordnungsmäßig korrekt gestellt. Ich rufe deshalb den Ältestenrat zur sofortigen Sitzung ein. Der Raum ist der Pressekonferenzraum PKA 211.

Ich unterbreche damit die Sitzung und bitte um Geduld, bis der Ältestenrat die Sache erledigt hat.

(Unterbrechung von 13.18 bis 15.16 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich darf mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die nicht dem Ältes-

tenrat angehören, sehr herzlich für Ihre Geduld bedanken. Wenn sich die Geduld gelohnt hat, wenn eine Präsidentin nach schwierigsten Verhandlungen und erhitzten Debatten zu Beginn der Plenarsitzung sagen kann, dass wir uns im Ältestenrat darauf geeinigt haben, wie wir weiter vorgehen wollen, ist das schön. Ich darf Ihnen das jetzt bekannt geben. Ich bitte Sie, zuzuhören, damit alle wissen, worum es geht.

Vonseiten der Fraktionen wurde im Ältestenrat übereinstimmend vereinbart, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 16/16537 von den Antragstellern zurückgezogen wird – das ist der Antrag der CSU und der FDP, – und heute noch ein entsprechender Gesetzentwurf in Erster Lesung beraten wird. Der Änderungsantrag wird also zurückgezogen, und die CSU reicht einen Gesetzentwurf ein, der in Erster Lesung beraten wird. Ein weiterer Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wird ebenfalls noch zur Ersten Lesung eingereicht.

Beide Gesetzentwürfe sollen nach der Aussprache, die noch heute stattfindet, – wir haben uns auf fünf Minuten geeinigt – zusammen mit den zu diesem Thema eingereichten Plenardringlichkeitsanträgen an den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz überwiesen werden. Das heißt, dass wir zu den heute eingebrachten Dringlichkeitsanträgen keine Aussprache mehr haben, sondern diese beiden Anträge im Zusammenhang mit der Ersten Lesung in die Ausschüsse verweisen. Dort nimmt das Ganze seinen Gang, also Beratung im Verfassungsausschuss und dann die Zweite Lesung in der Plenarsitzung. Wir haben uns auch darauf verständigt, dass alle gemeinsam dazu beitragen werden, dass dieser Gesetzentwurf in der Plenarsitzung am 16. Mai 2013 verabschiedet wird. Vielen Dank, das war die Information aus dem Ältestenrat.

Wir fahren mit der Beratung von Tagesordnungspunkt 1 fort. Nächster Redner ist Kollege Herold für die CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, es besteht noch genügend Inte-

resse an dem wichtigen Thema des Bildungsfinanzierungsgesetzes. Wir haben dieses Gesetz letzte Woche im Haushaltsausschuss sehr intensiv beraten. Dabei habe ich deutlich darauf hingewiesen: Bayern steht für solide Finanzen – Stichwort "Schuldenabbau" -, Bayern steht für starke Bildung – Stichwort "Beste Bildungsergebnisse" -, Bayern steht für Generationengerechtigkeit und natürlich auch für Zukunftskraft. Für all diese wichtigen Zukunftsthemen steht das Bildungsfinanzierungsgesetz. Dabei ist es mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass neben der Zukunftsfähigkeit unserer Staatsfinanzen – Stichworte "junge Generation" und "weiterer Schuldenabbau" - gerade dieses Gesetz sowohl die akademische als auch die berufliche sowie die frühkindliche Bildung stärkt.

Für uns, die CSU-Fraktion, und auch für mich war es ganz wichtig, dass wir dann, wenn wir die Studienbeiträge abschaffen, verstärkt in die berufliche Bildung investieren. Mit diesem Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir dies sehr stark. Mit diesem Gesetz nehmen wir auch eine weitere deutliche Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule vor. Aus dem Haushalt des Familienministeriums und dem des Sozialministeriums werden weitere 4,5 Millionen Euro zur Finanzierung von Deutschkursen für Asylbewerber und sonstige ausländische Mitbürger verwendet. Deswegen gleich zu Beginn die, wie ich denke, wichtige Botschaft: Das Bildungsfinanzierungsgesetz bringt einen weiteren Qualitätsschub für die Bildung in Bayern. Das sieht man auch sehr deutlich an den Zahlen. Wir nehmen insgesamt weitere 695 Millionen Euro für den Bereich Bildung in die Hand. Ich möchte im Folgenden auf die wichtigen Punkte eingehen.

Als Erstes nenne ich die akademische Bildung oder die Kompensation der Studienbeiträge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Studienbeiträge haben zu einer Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre in Bayern geführt. Die wegfallenden Einnahmen der Hochschulen aus den Studienbeiträgen in Höhe von jährlich circa 219 Millionen Euro werden ab 1. Oktober 2013, das heißt ab Beginn des Wintersemester 2013/2014, vollständig – ich betone ausdrücklich: vollständig – aus dem

Staatshaushalt kompensiert. Wichtig ist der Hinweis, dass der Ersatz der Studienbeiträge gesetzlich verankert wird und die paritätische studentische Beteiligung an der Vergabe der Mittel weiterhin erhalten bleibt.

Als Zweites will ich einen wichtigen Hinweis in Bezug auf die berufliche Bildung und in Bezug auf den sogenannten Pflegebonus und den Meisterbonus geben. Das Paket der beruflichen Bildung, liebe Kolleginnen und Kollegen, umfasst insgesamt 52 Millionen Euro. Das heißt konkret, dass wir ab 1. September 2013 den Pflegebonus und den Meisterbonus einführen. Wir werden einen staatlichen Zuschuss, einen sogenannten Schulgeldausgleich für die Mangelberufe, für private Schulträger im Bereich der Altenpflege, der Kinderpflege und der Erzieherausbildung, aber auch die Heilerzieher in der Höhe von jährlich circa 23 Millionen Euro gewähren. Für uns in der Fraktion war auch die Einführung des Meisterbonus ganz wichtig. Für die erfolgreiche Absolvierung der beruflichen Weiterbildung zum Meister und für gleichgestellte Abschlüsse werden 1.000 Euro - das sind insgesamt 29 Millionen Euro im Jahr - bezahlt werden. Wir werden hier auch die Gebärdendolmetscher mit aufnehmen.

Der dritte wichtige Punkt ist für uns und auch für mich die frühkindliche Bildung. Dafür werden wir insgesamt noch einmal 250 Millionen Euro in die Hand nehmen, und zwar 125 Millionen Euro für die sogenannte Qualitätsoffensive in der Vorschule und in der Grundschule. Auch hier gibt es eine Aufteilung; vom Arbeits- und Sozialministerium kommen insgesamt 77,3 Millionen Euro, insbesondere für den Ausbau der Sprachförderangebote, für die Förderung flexibler Öffnungszeiten und natürlich insbesondere auch für die Verbesserung des Zeitbudgets von Fachkräften. Vom Kultusministerium kommen 47,7 Millionen Euro unter anderem für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Deutschkenntnisse und der Qualität in der gebundenen Ganztagschule sowie für eine weitere Intensivierung der Kooperation von Grundschulen und Kindertageseinrichtungen. Das ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine ganz wichtige Botschaft in Bezug auf die wichtige frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der CSU)

Das Gesetz sieht eine weitere Entlastung der Eltern von den Kindergartengebühren in Höhe von 25 Millionen Euro ab dem Jahr 2014 vor. Ab dem 1. September 2014 ist im zweiten Kindergartenjahr eine Entlastung von weiteren 50 Euro pro Monat vorgesehen und bereits im Stammhaushalt des Doppelhaushalts 2013/2014 sind eine Beitragsentlastung der Eltern im Vorschuljahr in Höhe von rund 93 Millionen Euro im Jahr 2013 und weiteren 135 Millionen Euro – ich wiederhole: 135 Millionen Euro – im Jahr 2014 vorgesehen. Das bedeutet konkret eine weitere Entlastung der Eltern ab dem 1. September 2013. Das ist, meine Damen und Herren, eine ganz wichtige und eine sehr, sehr gute Familienpolitik der Staatsregierung.

Als vierten Punkt möchte ich den Krippenausbau ansprechen; für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wieder ein wichtiges Anliegen. Wir haben hier aufgrund einer erhöhten Ausbaudynamik im Jahr 2013 und für die Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms zum Krippenausbau bis Ende 2014 einen weiteren Bewilligungsrahmen von 274 Millionen Euro vorgesehen. Man sollte auch einmal sagen, dass sich seit 2008, also seit Beginn dieser Legislaturperiode – auf diese Aussage sollten Sie achten -, die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren um 44.000 auf knapp 100.000 erhöht und damit mehr als verdoppelt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dafür haben wir bereits eine Milliarde Euro Fördergelder zusätzlich investiert. Ich sage hier ganz selbstbewusst: Kein Bundesland in Deutschland tut für den Krippenausbau so viel wie der Freistaat Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Weil Sie so lang geschlafen haben!)

Ich will auch darauf hinweisen, dass die kommunalen Spitzenverbände – das kann man nachlesen - die weiterhin hohe staatliche Förderung des Krippenausbaus sehr begrüßen. Sie wissen alle, dass wir eine Verlängerung bis zum Jahr 2014 vorgenommen haben, was eine gute und wichtige Entscheidung für unsere Familien bedeutet.

Ich weiß, es gibt hier in der Opposition andere Vorstellungen. Zum Beispiel haben wir in der letzten Woche einen Antrag der GRÜNEN abgelehnt, der die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes zum Inhalt hatte. Ich sage ganz deutlich: Mit uns wird das nicht geschehen. Gerade Familien mit geringem Einkommen profitieren von dem Landeserziehungsgeld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein fünfter Punkt ist bei diesem Gesetz ganz wichtig, nämlich geordnete Finanzen und eine weitere Schuldentilgung im Jahr 2013. Der Freistaat Bayern ist hinsichtlich seiner Finanzsituation führend. Hier gilt ein ganz besonderes Dankeschön unserem Finanzminister Dr. Markus Söder für die hervorragende Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird.

(Beifall bei der CSU)

Im Doppelhaushalt 2013/2014 ist bislang ein weiterer Schuldenabbau in Höhe von 520 Millionen Euro im Jahr 2013 und weiteren 540 Millionen Euro im Jahr 2014 vorgesehen. Mit diesem Gesetz soll die Schuldentilgung im Jahr 2013 um weitere 480 Millionen Euro auf nunmehr eine Milliarde Euro aufgestockt werden. Damit können wir in den Jahren 2012 bis 2014 insgesamt 2,54 Milliarden Euro alte Schulden abbauen. Damit sind wir in Deutschland führend. Das ist eine großartige Leistung in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, dass andere Länder einen anderen Weg gehen. In Nordrhein-Westfalen wird im Jahr 2013 eine Neuverschuldung vorgenommen. Auch in Baden-Württemberg ist eine Neuverschuldung vorgesehen.

Ich komme zum nächsten Punkt, der gerade für uns Kommunalpolitiker sehr wichtig ist, dem Abfinanzierungsprogramm. Mit einem Gesamtpaket in Höhe von 150 Millionen Euro soll im Jahr 2013 die Abfinanzierung bei der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen beschleunigt und die Abfinanzierungszeit verkürzt werden. Auch das ist

eine klare Botschaft, und ich sage ganz bewusst: Diese Zeit soll deutlich verkürzt werden.

Für den Bau privater Förderschulen sind beispielsweise 25 Millionen Euro vorgesehen. Mit diesem Programm werden wir ganz konkret eine Reduzierung der Wartezeit auf rund 2,5 Jahre erreichen. Für den Bau privater Volksschulen stehen 70 Millionen Euro zur Verfügung, und damit können wir die Wartezeit auf rund fünf Jahre verkürzen. Für private weiterführende Schulen werden 25 Millionen Euro zur Verfügung stehen, und damit reduziert sich die Wartezeit auf rund sieben Jahre. Ganz wichtig für die junge Generation und das Ehrenamt ist aber die Abfinanzierung des Sportstättenbaus. Dafür stehen 20 Millionen Euro zur Verfügung. Wir erreichen damit die Reduzierung der Wartezeit auf nunmehr nur noch 1,5 Jahre. Das ist eine wichtige Botschaft, gerade auch für die Vereine im ländlichen Bereich. Außerdem haben wir 10 Millionen Euro für Behinderteneinrichtungen vorgesehen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich fragen, wie das finanziert wird, dann kann ich sagen: Diese zusätzlichen Bildungsausgaben in Höhe von 695 Millionen Euro, und diesen Betrag möchte ich noch einmal hervorheben, werden ausschließlich aus Haushaltsverbesserungen des Haushaltsjahres 2012 finanziert.

(Susann Biedefeld (SPD): Aus Rücklagen!)

- Bitte passen Sie auf, das ist der nächste Punkt. Das Abfinanzierungsprogramm in Höhe von 150 Millionen Euro und die weitere Schuldentilgung, bei der wir in Deutschland einmalig sind und die im Jahr 2013 weitere 480 Millionen Euro umfassen wird, werden aus der allgemeinen Haushaltsrücklage finanziert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Ich weiß, Herr Kollege Halbleib, das hören Sie nicht gern. Das sind aber Fakten, und die sind richtig.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

An dieser Stelle richte ich noch einmal ein ganz besonderes Dankeschön an die Staatsregierung und an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder, aber auch an unsere Beamten und, das sage ich heute ganz bewusst, an die bayerischen Finanz- und Steuerbeamten. Sie sind die besten in Deutschland!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächste hat sich Frau Biedefeld für die SPD zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie mit einem Lob schließen, dann fange ich mit einem Lob an. Ich lobe meinen Kollegen, den stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Volkmar Halbleib und meine Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Ich lobe Herrn Kollegen Volkmar Halbleib aber ganz speziell, denn seine Rede aus der Ersten Lesung war hervorragend. Eigentlich müsste man jedes Wort und jeden Satz hier noch einmal vortragen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat sich nämlich alles bestätigt. Auch wir wurden in unseren Aussagen bestätigt, und das hat sich auch während der Beratungen im Haushaltsausschuss gezeigt. Ein herzliches Dankeschön also an Volkmar Halbleib.

(Beifall der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Wir behandeln jetzt den Nachtragshaushalt 2013. Für die SPD-Landtagsfraktion möchte ich gleich vorwegschicken: Wir begrüßen grundsätzlich, dass CSU und FDP endlich mehr Geld für die Bildung an den Schulen, für die frühkindliche Bildung, für Sprachkurse für Asylbewerber und Ausländer und auch für die Abfinanzierung des Sportstättenbaus ausgeben. Letzten Endes und vor allem aber geben Sie auch mehr Geld für die vielen Studierenden an den Hochschulen und an den Universitäten aus. Zumindest geben Sie sich diesen Anschein. Sie wollen mehr Geld für die Universitä-

ten parallel zur Abschaffung der Studiengebühren ausgeben, und Sie wollen auch mehr Geld für die berufliche Bildung ausgeben. Als Stichworte nenne ich den Meisterbonus und den Pflegebonus.

Wow, kann ich da nur sagen, wow. Es hat lange gedauert, es hat sehr lange gedauert, bis Sie endlich in diesem Jahr 2013, dem Wahljahr, bereit waren, einen ersten kleinen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Eigentlich steckt aber etwas ganz anderes dahinter: Sie haben das Wahljahr 2013 vor Augen, und da geht es bei der CSU um Machterhalt und bei der FDP ums Überleben. So richtig, wirklich aufrichtig und ehrlich überzeugt sind Sie von dem, was Sie heute hier wohl beschließen aber noch immer nicht. Ich nenne das Stichwort "Abschaffung der Studiengebühren" und schaue dabei in Richtung der FDP. Wir befinden uns im Wahljahr 2013. Und bevor Sie von der Opposition immer noch stärker in die Enge getrieben werden, und weil Sie einen anstehenden Volksentscheid gar nicht mehr anders abwenden können, bleibt Ihnen nur, rechtzeitig einzulenken, weil der Druck sehr groß ist. Weil CSU und FDP bei den anstehenden Wahlen für ihre zum Teil ignorante Politik möglicherweise abgestraft werden, versucht man nun noch ganz schnell die Notbremse zu ziehen. Sie legen dabei eine unglaubliche Wende auf das Parkett. Drehhofer und seine Frauen und Männer lassen grüßen. Wieder einmal lassen Sie grüßen, doch das ist ein sehr durchsichtiges Manöver, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Wie ist es gekommen, dass wir den Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014, den wir hier erst am 13. Dezember des letzten Jahres verabschiedet haben, also vor wenigen Wochen, nun mit einem Nachtragshaushalt erneut behandeln müssen? Uns liegt hier ein neuer Nachtragshaushalt vor. Darin werden längst überfällige und wichtige Investitionen, vor allem bei der Bildung, vorgenommen. Man muss aber Fragezeichen machen. Wie wird er finanziert? – Da gehen wir nicht mit, ich verweise auf die Rede meines Kollegen Volkmar Halbleib. Sie sagen nicht in allen Bereichen die Wahrheit, Sie schenken uns nicht reinen Wein ein. Sie haben sich zu diesem Nachtragshaushalt

durchgerungen, weil Ihnen die Bürgerinnen und Bürger im Januar dieses Jahres, zum Auftakt dieses Wahljahrs, die rote Karte gezeigt und für ein Ende der ungerechten und unsozialen Studiengebühren gestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Dahinter steckt die Angst, vom Platz gestellt zu werden. Sie befürchten, wie der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen McAllister vom Platz gestellt zu werden. Auch das war ein Kollege von Ihnen, Herr Ministerpräsident, der sich stark für die Studiengebühren eingesetzt hat, für ein Abzocken der jungen Menschen und deren Eltern. Sie hatten Angst, wie McAllister vom Platz gestellt zu werden. Diese Angst war groß und hat dazu geführt, diesen Nachtragshaushalt vorzulegen. Es war nicht Ihre eigene Initiative, es war nicht Ihr eigener Antrieb, sondern es war Angst.

Kernpunkt und Auslöser ist die Abschaffung der Studiengebühren dank eines Volksbegehrens. Wir haben seit der Einführung der Studiengebühren so viele Initiativen gestartet. Dieses Thema hat sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der SPD-Fraktion gezogen. Wir haben unzählige parlamentarische Initiativen gestartet, ich kann Sie aufgrund des knappen Zeitbudgets hier gar nicht aufführen. Wir haben unheimlich viel Kraft, Energie und Geld investiert, um endlich zu dem Beschluss zu kommen, der hier heute fallen wird. Deshalb ist heute für uns ein Feiertag, ein Festtag, aber nicht nur für uns Sozialdemokraten, die wir lange dafür gekämpft haben. Wir wollten die Studiengebühren nie haben. Das ist auch ein Feiertag und ein Festtag für ganz Bayern, und zwar vor allem für die jungen Menschen, für ihre Eltern und ihre Angehörigen, weil sie nicht mehr zur Kasse gebeten werden, wenn die jungen Menschen ein Studium absolvieren. Sie müssen keine Studiengebühren mehr bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Versuchen Sie heute nicht, wieder die Feuerwehr zu spielen. Sie sind nämlich nicht die Feuerwehr, Sie sind die Brandstifter. Man muss schon noch einmal daran erinnern,

wer die Studiengebühren hier überhaupt eingeführt und beschlossen hat: Das war allein die CSU. Es war allein die CSU!

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Sie haben die Studiengebühren zusammen mit der FDP bis zum letzten Tag, bis zum Geht-nicht-mehr mit allem verteidigt, was möglich war, denn Sie wollten unbedingt daran festhalten. Das war ein Kampf für mehr Bildungsgerechtigkeit in diesem Land. Am heutigen Tag kommen wir der Bildungsgerechtigkeit in diesem Land wirklich ein Stück näher.

Nachdem wir die Abschaffung der Studiengebühren nicht verhindern konnten, haben wir ihre Abschaffung mit einer 1:1-Kompensation, mit einer hundertprozentigen Kompensation, gefordert. Ich betone, dass uns das von vornherein wichtig war; dem sollten Sie nicht immer etwas entgegenstellen. Dieses Geld darf den Studierenden, den Universitäten und unseren Hochschulen für angewandte Wissenschaften nicht fehlen. Eine hundertprozentige Kompensation reicht eigentlich gar nicht aus. Wir kennen die Situation. Eigentlich müssten wir einen kräftigen Betrag drauflegen. Wir werden mit unserer hochschulpolitischen Sprecherin Isabell Zacharias und den anderen Kolleginnen und Kollegen dranbleiben, weil wir wissen: Eine hundertprozentige Kompensation reicht nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch betonen, dass es sich nicht immer ganz so rosig verhält, wie Sie es immer darstellen. Ich frage mich zum Beispiel: Wie sieht es mit den Stellen aus, die durch die Studiengebühren geschaffen worden sind? Bisher hieß es, es gebe eine Förderung im Umfang von 75 %. Jetzt werden 50 % genannt. Nur bei den Stellen, die schon da waren, gebe es keine Veränderung. Was geschieht mit den neuen Stellen? Sie wollen nur 50 % der Mittel beisteuern. Wie verhält es sich? Auch hierzu gibt es noch keine klare Antwort. Wir haben im Ausschuss nachgefragt, aber auch dort keine klare Antwort erhalten. Vielleicht können Sie heute hier dazu eine Auskunft erteilen.

Wir begrüßen die Investitionen in die berufliche Bildung. Aber auch hier werden wir nachlegen müssen. Wir, die SPD, werden mit Christian Ude an der Spitze und hoffentlich mit den anderen Fraktionen in diesem Haus die Bildung in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen und die berufliche Bildung ganz anders herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich kurz erklären, warum wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, bevor ich auf den Einzelplan 05 eingehe. Auf den Einzelplan 10 werden die Kollegen Reinhold Strobl und Christa Naaß eingehen. Wir werden uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten. Zum einen haben Sie uns hierbei wirklich keinen reinen Wein eingeschenkt. Ich nenne das Stichwort Haushaltssperre. Herr Kollege Herold spricht von 625 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln. Sie wissen, dass es im Doppelhaushalt 2013/2014 eine Haushaltssperre gibt. Das sind schon einmal 600 Millionen Euro, was die Haushaltssperre betrifft. Sie wollen jetzt mit einer weiteren Haushaltssperre noch einmal 200 Millionen Euro nachlegen. Das bedeutet 800 Millionen Euro. Sie reden von plus 625 Millionen Euro. Hier stimmt irgendetwas nicht. Auch hier haben Sie keinen reinen Wein eingeschenkt. Das ist ein Grund dafür, dass wir uns enthalten werden.

Zum anderen werden wir uns auch deshalb enthalten, weil der Landtag ein Stück weit entmachtet wird. Auch bei wenigen positiven Impulsen kann es nicht angehen, dass Grundsätze der Arbeit des Bayerischen Landtags einfach missachtet werden. Der Bayerische Landtag darf nämlich bei der Verteilung der Mittel nicht mitreden und nicht mitbestimmen. Diese Mittelverteilung soll auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift vonstatten gehen. Uns ist dieses Thema immens wichtig. Wir wollen Bescheid wissen, wir wollen mitreden, wir wollen mitbestimmen und wollen hier darüber beschließen, wie die Mittel eingesetzt werden. Neben anderen Gründen, die wir anführen könnten, ist das ein weiterer Grund, warum wir uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin Biedefeld. Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Herrn Pointner an das Redepult. Bitte schön.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst wende ich mich kurz an Sie, Herr König. Sie haben vorhin bei der Debatte über das Abgeordnetengesetz die FREIEN WÄHLER angesprochen und gefragt, warum wir uns in den letzten Tagen nicht gerührt haben. Ich denke, das, was in der Presse stand, hat schon gereicht.

(Alexander König (CSU): So kenne ich Sie gar nicht, dass Sie nichts zu sagen haben!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Aber vielleicht ist es Ihnen nur herausgerutscht. Wir haben keine Verwandten erster Ordnung beschäftigt, und deswegen bestand für uns kein Anlass, besonders engagiert aufzutreten, anders als bei Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Das ist schon klar, aber ich habe etwas anderes gemeint!)

- Wenn Sie etwas anderes gemeint haben, dann sagen Sie es bitte; stellen Sie nicht irgendetwas in den Raum, was zu unberechtigten Verdächtigungen führt.

(Alexander König (CSU): Wenn es so ist, ist es gut.)

- In Ordnung, dann sind wir uns einig.

Ich komme zum Bildungsfinanzierungsgesetz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr Geld für die Bildung war von Anfang an ein besonderes Anliegen der FREIEN WÄHLER, seit wir im Landtag vertreten sind. Leider wurden unsere Vorstöße in dieser Richtung in den vergangenen Jahren in der Regel zunächst abgelehnt und dann teilweise nach und nach doch von Ihnen übernommen. Ich erinnere nur beispielhaft an unsere Forderung, keine Klasse solle über 25 Schüler haben. Diese Forderung

haben wir schon vor der Wahl im Jahr 2008 im Wahlkampf immer wieder erhoben. Außerdem gibt es unsere Forderung nach mehr Geld für Kindergärten und Kinderkrippen usw. Hierbei haben die Staatsregierung und die Regierungsfractionen zwar einiges verbessert – das muss man zugeben -, aber für die Betreuung, die Bildung und die Ausbildung unserer Kinder ist bei Weitem noch nicht das Bestmögliche getan.

Wir FREIEN WÄHLER haben durch unser erfolgreiches Volksbegehren, das von den Oppositionsparteien auch unterstützt wurde, nachdem wir beim Gericht die Zulassung durchgesetzt haben, neuen Schwung in die Debatte über die Bildungsfinanzierung gebracht. Das ist positiv für unsere Kinder, für die Eltern, aber auch für unser Land Bayern. Denn, meine Damen und Herren, die Bildung unserer Kinder ist der zentrale Rohstoff, über den unsere Gesellschaft verfügt. Zwischen Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum besteht ein deutlicher Zusammenhang. Außerdem ist die Bildung der Schlüssel zur Bekämpfung gesellschaftlicher Probleme. Jetzt, kurz vor Ende dieser Legislaturperiode, finden auch unsere Forderungen bei der Staatsregierung und bei den Regierungsfractionen zum Teil Gehör. Hierzu darf ich die Fachkräftesicherung durch den Meisterbonus und die schulgeldfreie Ausbildung in sozialen Bereichen und im Pflegebereich nennen, den Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen und natürlich auch die Kompensation der Studienbeiträge. All dies sind Forderungen, die wir schon vor dem Volksbegehren erhoben haben. Hätte die Staatsregierung diese Forderungen schon früher übernommen, wäre Bayern heute in vielen Bereichen schon viel weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Auch nach der Vorlage des Bildungsfinanzierungsgesetzes, das wir heute verabschieden werden, besteht weiterer Handlungsbedarf bei der Bildungsfinanzierung. Wir haben dazu Änderungsanträge eingereicht, die leider zum großen Teil von den Regierungsfractionen abgelehnt wurden. Wir wollten eine weitere Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung und einen stärkeren Ausbau der Ganztagsbetreuung. Der Ausbau der Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten ist für die Chancengerechtigkeit in Bayern

und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unerlässlich. Insbesondere den finanzschwachen Kommunen muss die Möglichkeit eröffnet werden, Ganztagsklassen einzurichten, um für die Einwohner der Gemeinde attraktiv zu bleiben. Daher müssen auch die Zuzahlungen der Städte und Gemeinden gesenkt werden.

Bei der frühkindlichen Bildung ist eine weitere Qualitätssteigerung unerlässlich. Dies geht letztlich nur über einen verbesserten Anstellungsschlüssel und mehr qualifiziertes Personal an den Kindertagesstätten. Gerade hier wird die Grundlage für den zukünftigen Bildungserfolg gelegt. Deswegen müssen gerade hierbei die Rahmenbedingungen über die Ansätze im Nachtragshaushalt hinaus weiter verbessert werden. Sie haben auch diese Anträge abgelehnt, aber wir werden nicht locker lassen, auch in Zukunft den Finger in die Wunde legen und zusätzliche Verbesserungen fordern, etwa die Einführung einer Sockelfinanzierung in den Kindertagesstätten. Wir sind zuversichtlich, dass Sie früher oder später auch diese Ideen umsetzen werden. Erfreulicherweise konnte in einer gemeinsamen Anstrengung mit den anderen Fraktionen, sozusagen in letzter Minute, für die Heilerziehungspflegeausbildung Kostenfreiheit vereinbart werden.

Uns ist klar, dass unsere zusätzlichen Forderungen Geld kosten werden. Uns ist auch bewusst, dass die zusätzlichen Ausgaben, die mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz verbunden sind, nur durch einen tiefen Griff in die Rücklagen des Freistaates Bayern möglich sind. Sie werden nach Aussagen des Finanzministers bis Ende 2014 auf 1,3 Milliarden Euro absinken. Herr Kollege Winter, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, hat in der letzten Plenarsitzung gesagt, dass es 3 Milliarden Euro sein werden, hat aber nicht erläutert, woher diese genau kommen.

(Georg Winter (CSU): 2013!)

- 2013 – das ist etwas anderes. Das haben Sie aber nicht gesagt.

(Georg Winter (CSU): Doch! Ich habe Ende 2013 gesagt!)

2014 gehen sie aber auf 1 Milliarde oder 1,3 Milliarden Euro herunter.

An dieser Stelle möchte ich gleich Aussagen von Regierungsmitgliedern oder von Mitgliedern der Regierungsfractionen deutlich entgegentreten, in denen es immer heißt, die Forderungen der FREIEN WÄHLER hätten im Doppelhaushalt 2013/2014 Mehrausgaben von über 2 Milliarden Euro verursacht. Das habe ich jetzt schon mehrmals gehört. Sie rechnen hier schlicht und einfach nur die Zahlen aus den Anträgen zusammen, ohne zu berücksichtigen, welche Ausgaben Sie selbst im Doppelhaushalt und jetzt im Nachtragshaushalt vorhaben.

Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen. Sie sagen, die Auffüllung der Versorgungsrücklage aufgrund der in den letzten Jahren nicht getätigten Zahlungen und der ausgefallenen Zahlungen in den Jahren 2013/2014 habe einen Betrag von 600 Millionen Euro erfordert. Wir haben diesen Betrag beantragt. Sie haben aber die Einzahlungen in die Rücklage, in den Pensionsfonds eingestellt und diesen Pensionsfonds mit 100 Millionen Euro geschlossen. Wenn diese 600 Millionen in die Rücklage gekommen, in den Fonds eingezahlt worden wären, wären sie, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, einer Tilgung gleichzusetzen gewesen. Ich sage nur: Die Doppik lässt grüßen.

Außerdem haben wir im Doppelhaushalt für den Breitbandausbau 500 Millionen Euro vorgeschlagen. Auch diesen Betrag haben Sie im Haushalt 2013/2014 entweder als Haushaltsansatz oder als Verpflichtungsermächtigung enthalten. Sie haben diese Ausgaben also ebenfalls vorgesehen. Außerdem haben wir eine Kompensation der Studienbeiträge in Höhe von zirka 400 Millionen Euro vorgeschlagen, weil es zum Zeitpunkt der Aufstellung des Doppelhaushalts durchaus noch möglich gewesen wäre, die Studiengebühren für das gesamte Jahr 2013 nicht zu erheben. Dazu kommen noch mehrere 100 Millionen Euro für den Straßenbau, die im Doppelhaushalt enthalten sind, für die Abfinanzierung von Privatschulbauten, für die vereinseigenen Sportstätten, die heute auch schon genannt worden sind, sowie für die zusätzlichen Leistungen bei der Kinderbetreuung.

Unter dem Strich verbleiben wenige hundert Millionen Euro, die unsere zusätzlichen, bisher nicht erfüllten Forderungen ausmachen würden. Dies wäre ohne Weiteres finanzierbar, wenn nicht die – ich sage ausdrücklich "die" – bayerischen Finanzminister seit Jahren eine vernünftige personelle Ausstattung der Finanzbehörden verhindern würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Denn dem Freistaat entgehen dadurch jährlich mehrere hundert Millionen Euro an Steuereinnahmen. Ich darf auf den letzten Rechnungshofbericht verweisen, in dem dies nun schon zum x-ten Mal angeprangert wird. Selbst der ehemalige Finanzminister Huber erkennt mittlerweile die Notwendigkeit, bisherige Versäumnisse aufzuholen und fordert zusätzliche Stellen für die Steuerprüfung. Ich bin zwar nicht immer mit Ihnen und mit Ihren Forderungen einverstanden, Herr Huber

(Christa Naaß (SPD): Aber er hat es doch verursacht!)

- ich bin nicht immer einverstanden, zum Beispiel bei anderen Dingen wie der dritten Startbahn oder dem Donauausbau -, aber hier haben Sie recht. Das muss man betonen. Wenn er recht hat, hat er recht. Wir brauchen diese zusätzlichen Stellen.

(Christa Naaß (SPD): Er war doch dafür verantwortlich!)

- Das sage ich ja gerade. Ich habe von "den Finanzministern", in der Mehrzahl gesprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war das schlechte Gewissen! Das muss man akzeptieren!)

- Das treibt eben um, und irgendwann kommt man zur Erkenntnis.

Meine Damen und Herren, nur ein paar Zahlen. Ich will Sie nicht mit Zahlen überlasten; sie sind ja bekannt. Bei der Betriebsprüfung ist die Zahl der nichtbesetzten Stellen von 184 im Jahr 2007 auf 452 im Jahr 2012 angewachsen. In dieser Zeit ist aber die

Zahl der Betriebe erheblich gestiegen, nämlich von 2007 bis 2010 allein um 26.000. Dies führt dazu, dass Betriebe teilweise nur alle 40 Jahre geprüft werden können. Inzwischen ist zwar vom Finanzminister das eine oder andere als Verbesserung eingesetzt worden, sozusagen ein FBI oder wie man das in Bayern nennt. Dies ist aber natürlich bei Weitem nicht ausreichend. Ich habe den Eindruck, der oder die Finanzminister – wir können auch die Vorgänger mit einbeziehen – möchten auf diese Art und Weise Bayern zu einer Steueroase machen, nachdem andere Steueroasen wie zum Beispiel die Schweiz, in denen prominente Leute Geld unterbringen konnten, nach und nach ausfallen. Nachdem das Steuerrecht Bundesrecht ist und der Einfluss des bayerischen Finanzministers darauf doch sehr beschränkt ist, versucht der Finanzminister dieses Ziel durch einen besonders laxen Steuervollzug zu erreichen. Dabei gehen nicht nur dem Staat Millionen verloren, sondern dies ist auch absolut ungerecht gegenüber allen, die Monat für Monat brav ihre Lohnsteuer abführen oder am Jahresende ihre Einkommensteuererklärung abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Andererseits ist dies unverantwortlich gegenüber dem Personal in der Steuerverwaltung, das – das muss ich jetzt auch betonen – großartige Arbeit leistet. Sie sind meiner Meinung nach die besten, aber eben auch die wenigsten in ganz Deutschland, verglichen mit den anderen Bundesländern. Sie sind gut. Sie haben auch gute Ergebnisse pro Kopf. Bei einer Unterbesetzung von mindestens 20 %, teilweise sogar 25 % sind sie aber daran gehindert, eine umfassende und gerechte Steuerprüfung durchzuführen. Sie bringen damit Ihr Personal in erhebliche Gewissensnöte, weil es seinen Aufgaben nicht so nachkommen kann, wie es dies gern wollte.

Ich finde es ungeheuerlich – Herr Staatsminister Söder ist noch da -, dass Sie die Berichte des Rechnungshofes und die Forderungen und Mahnungen der Opposition seit Jahren ignorieren, uns aber vorwerfen, wir würden die Finanzbehörden schlechtreden. Ganz im Gegenteil: Wir loben die Leute; denn sie machen eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie statten die Finanzbehörden personell schlecht aus und verhindern damit einen ordnungsgemäßen Steuervollzug. Dies sagt nicht nur der Rechnungshof, dies sagen nicht nur wir, sondern das sagen auch die Vertreter der Finanzgewerkschaft, egal, ob sie aktiv oder schon pensioniert sind. Vor Kurzem hat einer von ihnen im Fernsehen gesagt: Wenn jemand vor den Finanzbehörden seine Ruhe haben will, soll er nach Bayern oder Baden-Württemberg gehen.

Zum Stichwort "Steuerparadies Bayern" passt natürlich auch Ihr Konzept der regionalen Steuern, Herr Finanzminister, der sogenannte Bayerntarif, den Sie laut Presse in das Wahlprogramm schreiben wollen. Sie wollen, dass die Länder bei der Einkommen- und Umsatzsteuer Zu- oder Abschläge zu bzw. von diesen Steuern vornehmen können. In Bayern würden wir natürlich nur Abschläge vornehmen. So gut dies auf den ersten Blick auch aussieht, wissen Sie doch ganz genau, dass überhaupt keine Chance besteht, dass diese Forderungen jemals umgesetzt werden, weil weder der Bund noch die anderen Länder mitmachen würden. Wenn Sie dann noch dazusagen, dass Sie mit den geringeren Steuersätzen Unternehmen nach Bayern locken wollen, kann ich mir vorstellen, dass die Vertreter der anderen Länder davon sehr begeistert sein werden. Während wir bei uns in Europa über einzelne Steuerparadiese klagen und die Abwanderung von deutschen Betrieben oder von Betrieben, die bei uns angesiedelt sind, in diese Länder befürchten, wollen Sie das gleiche innerhalb Deutschlands einführen. Als Bayer könnte man nichts dagegen haben. Sie gaukeln den Menschen in Bayern aber was vor, was nur dann eintreten könnte – das sage ich jetzt ganz ernsthaft -, wenn Bayern aus dem Bund austreten würde. Vielleicht haben Sie das im Hinterkopf; die Tatsache, dass Sie zu bestimmten Veranstaltungen in bayerischen Schlössern einen exponierten CSU-Vertreter einladen, der die Unabhängigkeit Bayerns wünscht und forciert und darüber ein Buch geschrieben hat, legt diese Annahme nahe. – Wunderbar!

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

- Herr Kollege, dass Sie da noch Beifall geben?

Meine Damen und Herren, interessant ist auch, dass Sie nunmehr beim Länderfinanzausgleich eine Halbierung der Zahlungen auf 2 Milliarden Euro fordern. Ich habe nichts gegen diese Forderung. Ich frage Sie nur, warum Sie oder Ihre Vorgänger dies nicht schon früher gefordert haben. Sie haben jetzt Klage erhoben, obwohl eigentlich schon seit 2008 klar war, dass sich die Situation für Bayern verschlechtert. Wir haben schon 2008 knapp 3 Milliarden Euro in den Finanzausgleich eingezahlt, 2009 waren es 3,3 Milliarden Euro, 2010 und 2011 waren es über 3,5 Milliarden Euro. Die heutige Situation war schon 2008 erkennbar. Spätestens 2009 war die Situation mit der jetzigen vergleichbar. Dass Sie erst jetzt, 2013, einige Monate vor der Landtagswahl die Klage einreichen, ist reine Wahlkampfpolitik. Sie wollten auf jeden Fall vermeiden, dass das Gericht noch vor der Wahl feststellt, dass Ihre Vorvorgänger-Regierung unter Herrn Stoiber, den Sie ja wieder ganz groß in den Wahlkampf einbinden wollen, damals Mist gebaut hat oder, wenn ich Graf Lerchenfeld zitieren darf, einen bescheuerten Finanzausgleich ausgehandelt hat.

(Beifall eines Abgeordneten der GRÜNEN)

Nun wieder zurück zum Bildungsfinanzierungsgesetz. Dieses Gesetz enthält einige wichtige Elemente, die wir mittragen, weil auch wir sie gefordert haben. Aber es fehlen noch weitere entscheidende Schritte, vor allem auf dem Gebiet der frühkindlichen und schulischen Bildung; denn wir müssen allen Menschen in Bayern, ganz gleich, aus welcher sozialen Schicht sie kommen und wo sie wohnen, die gleichen Bildungschancen geben. Weil das Haushaltsänderungsgesetz auch positive Elemente enthält, werden wir es nicht ablehnen, sondern wir werden uns enthalten.

Heute sind von den GRÜNEN und der SPD drei Anträge nachgereicht worden. Wir werden ihnen zustimmen. Sie enthalten Dinge, die auch wir schon gefordert haben, und zwar im Doppelhaushaltsgesetz.

Ich hätte jetzt noch ein bisschen Redezeit. Aber im Hinblick auf die zwei Stunden, die wir vorhin verloren haben, schenke ich Ihnen drei Minuten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die anderen Kolleginnen und Kollegen waren noch großzügiger.

Jetzt gebe ich bekannt, dass zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/16534 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Ich gebe das Wort der Abgeordneten Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, Sie haben hier aus der Tugend eine Not gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Motto für diesen Nachtragshaushalt: Aus der Tugend eine Not gemacht. Die Tugend - das sind die Studiengebühren, die Sie endlich abgeschafft haben. Herzlichen Glückwunsch! Die Not - das ist Ihr Nachtragshaushalt, ein Nachtragshaushalt, der zu diesem Zeitpunkt absolut ohne Not gepackt und geschnürt wurde. Die Not besteht, weil der Nachtragshaushalt wiederum keine Prioritäten setzt und nicht nachhaltig ist, keine Gegenfinanzierungsvorschläge bringt, sondern das Geld allein aus Steuermehereinnahmen in der sprudelnden Wirtschaft und aus Rücklagenentnahmen geholt wird. Die Not besteht auch darin, dass man ganz offensichtlich Angst vor dem Volkentscheid hatte, eventuell gleichzeitig mit der Landtagswahl. Weil Sie nasse Füße bekommen haben, haben Sie den Nachtragshaushalt so früh eingebracht.

Ich komme zu dem Nachtragshaushalt zurück. Was wir in der Opposition schon über Jahre hinweg gefordert haben, setzen Sie mit diesem Haushalt endlich um. Das ist Ihre Tugend. Aber die Not besteht darin, dass Sie es als Schwarz-Gelb nach viel Kuhhandel und vielen Schleifen in den Verhandlungsrunden endlich geschafft haben, auf

den Zug aufzuspringen. Das war eine erfolgreiche Oppositionsarbeit. Herzlichen Glückwunsch hierfür!

Aber Sie haben es erneut versäumt, einen nachhaltigen Haushalt aufzustellen, einen Haushalt, der auch trägt, wenn die Wirtschaft nicht mehr boomt und brummt, einen Haushalt, der nicht allein darauf setzt, die Rücklagen aufzubrechen, einen generationengerechten Haushalt aufzustellen.

Wieder sind Sie wichtige Aufgaben nicht angegangen. Keine Spur ist zu erkennen von Energiewende und Klimaschutz. Keine Umschichtung, kein Umdenken in der Verkehrspolitik! Inklusion ist eigentlich geltendes internationales Recht. Das haben Sie wohl immer noch nicht mitgekriegt. Sie sind mit diesem Nachtragshaushalt meilenweit von den genannten Anforderungen entfernt.

Das Einzige, was Sie mit dem Haushalt aus dem Weg räumen, sind die Studiengebühren, weil der Volksentscheid deren Abschaffung verlangt hat. Diese Situation wollten Sie eventuell im Hinblick auf die Landtagswahl haben. In dem Haushalt selbst setzen Sie keinerlei Prioritäten. Sie machen nichts anderes, als überall ein bisschen draufzusatteln.

Und bei der frühkindlichen Bildung setzen Sie wieder einmal die falschen Prioritäten. Sie machen Wahlgeschenke. Wir haben ein Wahljahr. Ganz ehrlich: Auch wir hätten gern eine kostenfreie Betreuung in der Vorschulzeit. Aber die ist momentan nicht finanzierbar, besonders dann nicht, wenn man sie nicht gegenfinanzieren kann. Was hier gemacht wird, ist nicht seriös und nicht hilfreich. Wir brauchen nämlich Qualitätsverbesserung.

Damit habe ich die Baustellen im frühkindlichen Bereich genannt. Wir müssen endlich an die Qualitätsverbesserung denken. Dazu brauchen wir einen besseren Stellenlüssel und Inklusion in der Vorschule. Diese Ziele stehen uns vor Augen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber was machen Sie? Sie reduzieren die Beiträge, dies auch noch im falschen Jahr. Wo ist es denn für die Eltern besonders teuer? In der Krippe und zumindest im ersten Kindergartenjahr. Im letzten Kindergartenjahr erreichen wir sowieso schon alle Betroffenen. Aber da hat sich wohl der kleinere Teil der Koalition durchgesetzt. Die FDP hat nicht auf die Expertin gehört, nämlich auf die Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, die gesagt hat: Wir müssen in Qualität investieren, nicht in eine Beitragsreduzierung. - Soweit zur Ausgabenseite Ihres Nachtragshaushalts.

Jetzt zur Einnahmenseite. Schauen wir uns diese doch einmal an. Ja – der Kollege Pointner hat es schon gesagt –, Bayerns Beamte und Beamtinnen leisten zum allergrößten Teil sehr gute Arbeit, besonders diejenigen, die in der Steuerverwaltung tätig sind. Diese ist massiv unterbesetzt. 1.900 Stellen sind nicht besetzt, und 3.000 Stellen sind zu wenig ausgebracht. Die Bediensteten der Steuerverwaltung arbeiten also unter einem immensen Druck. Und es ist ihrem Engagement zu verdanken, dass sie Prüfergebnisse zustande bringen, die Sie landauf, landab als Erfolg Ihrer Politik verkaufen.

Ich sage mein ganz herzliches Dankeschön genau an diese Steuerbeamten und -beamtinnen, die darum bemüht sind, in Bayern Steuergerechtigkeit herzustellen, indem sie auch die Reichen und die Unternehmer prüfen. Aber das machen sie mit der massiven Unterbesetzung, die Sie mit Ihrer Personalpolitik zu verantworten haben. Ohne die Beamten der Steuerverwaltung, die so effizient arbeiten, würden dem Freistaat noch viel mehr Einnahmen fehlen.

Jahr für Jahr haben wir zum Stammhaushalt und zum Nachtragshaushalt die Wiederbesetzungssperre angeprangert, weil sie unsinnig ist. Sie ist per se unsinnig; denn wenn man eine Stelle nicht braucht, zieht man sie doch ein, und wenn man sie braucht, dann hat man sie gefälligst zu besetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jahr für Jahr haben wir beantragt, die Wiederbesetzungssperre aufzuheben. Sie ist keine Sparmaßnahme. Aber was haben Sie von Schwarz-Gelb gemacht? Sie haben das Anliegen der Abschaffung der Wiederbesetzungssperre mit Ihrer Mehrheit wieder einmal abgelehnt. Das war völlig unsinnig; denn bei der Steuerverwaltung bringt die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre Geld ein.

Deswegen haben wir heute unseren Antrag zur namentlichen Abstimmung gestellt. Sie haben also die Chance, hier zu zeigen, dass auch Sie an der Steuergerechtigkeit interessiert sind und dass es Ihnen ernst damit ist, ein bisschen für die Steuergerechtigkeit in Bayern zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Abschaffung der Wiederbesetzungssperre ist zwar nicht geeignet, die eklatant unterbesetzte Steuerverwaltung ausreichend auszustatten, aber sie wäre ein erster Schritt dorthin. Sie könnten mit Ihrem Ja zur Abschaffung der Wiederbesetzungssperre etwas Abhilfe für die Beamten und Beamtinnen schaffen, die in der unterbesetzten Steuerverwaltung so gut arbeiten.

Übrigens erheben wir diese Forderung nicht erst, seit der Fall Hoeneß bekannt ist. Vielmehr habe ich hier schon in meiner ersten Rede als haushaltspolitische Sprecherin darauf verwiesen, dass Bayern wohl so etwas wie "Schweiz light" sein möchte und genau deswegen diese Unterbesetzung in der Steuerverwaltung hinnimmt.

Aber damit nicht genug. Meine Vorgängerin, Emma Kellner – ich hätte sie jetzt gern begrüßt; sie war nämlich vorhin im Landtag – hat vor 20 Jahren schon genau das Gleiche gesagt. Jetzt zitiere ich aus einer Rede, die Emma Kellner 1996 gehalten hat:

Da müsste eigentlich bei Ihnen Feuer am Dach sein, Herr Finanzminister. Hier ist unverzügliches Handeln angesagt. Die bisherigen Verbesserungen reichen längst nicht aus. Auch in Bayern fehlen Hunderte von Steuerfahnderinnen und Betriebsprüfer. Ich sage Ihnen noch eines: Hier geht es um zweierlei, zum einen um Steu-

ergerechtigkeit, zum anderen um die Verbesserung der Einnahmesituation. Gerade in Zeiten knapper Kassen

- dies ist zurzeit nicht der Fall; aber 1996 war es so –

kann es nicht angehen, dass der Staat auf Einnahmen verzichtet, die ihm rechtmäßig zustehen.

In der Zeitung lese ich, dass gegen 70.000 Bundesbürger wegen Steuerhinterziehung – Stichwort: Geldwäsche – ermittelt wird, dann komme ich zu dem Schluss, dass Sie doch aktiv werden müssen. Dann wissen Sie doch, wo das Geld zu holen wäre. Es ist doch nicht bei den Sozialhilfeempfängern oder den unteren Einkommensschichten zu holen, sondern genau dort, wo es auf Schwarzgeldkonten darauf wartet, dass es nach Luxemburg oder sonst wohin transferiert wird.

1996 traf das also genau zu. Jetzt ist es auch nach der Causa Hoeneß so.

Sie sollten also tatsächlich ein bisschen nachdenklich werden und endlich etwas dagegen tun, dass die eklatante Unterbesetzung in der Steuerverwaltung – heute führen wir auch noch im Zusammenhang mit den Dringlichkeitsanträgen dazu eine Debatte – beendet wird, statt zu sagen: Bayern macht alles richtig, in Bayern ist es am besten.

Ganz kurz zu den beiden Anträgen der SPD: Ich weiß gar nicht, ob die überhaupt aufgerufen sind.

(Zurufe von der SPD)

- Doch, okay. Wir enthalten uns bei dem Antrag, bei dem es darum geht, 1.000 neue Steuerfahnder einzustellen, weil das unserer Meinung nach jetzt nicht realistisch ist. Es ist die richtige Stoßrichtung, aber wir haben sie nicht. Das ist einfach Fakt. Es ist tatsächlich die richtige Stoßrichtung.

Dem anderen Antrag stimmen wir natürlich zu, weil er einen Weg weist, auf dem wir endlich für mehr Steuergerechtigkeit in Bayern sorgen. In der Causa Hoeneß geht es

auch nicht darum, ob ein einfacher Beamter ihn schützen wollte, sondern es geht lediglich um die Frage des Handelns der politisch Verantwortlichen, also um folgende Fragen: Zu welchem Zeitpunkt wusste der Ministerpräsident davon? Ab wann wussten der oberste Dienstherr der Finanzbeamten und die oberste Dienstherrin der Justiz davon? Ab wann wusste wer davon, und hat Hoeneß aus der Staatsregierung einen Tipp bekommen? Das sind die Fragen, die zu klären sind.

Es liegt mir wirklich fern, den Präsidenten des FC Bayern zu verunglimpfen, aber eines möchte ich doch kurz feststellen: Gerade er mit seinen dezidierten Aussagen hat es tatsächlich geschafft, dass ein Vorbild für viele Jugendliche durch sein massives Fehlverhalten zerstört wird. Das ist tatsächlich einfach traurig. Steuerbetrug ist nämlich kein Kavaliersdelikt. Steuerbetrug ist ein Vergehen an der Allgemeinheit, Steuerbetrug ist ein Diebstahl an allen, die auf eine gute Infrastruktur angewiesen sind, die darauf angewiesen sind, dass der Bus fährt, dass es ein gutes Schwimmbad gibt, dass es eine Schule im Ort gibt. Genau deswegen ist es kein Kavaliersdelikt.

Wenn es nicht so traurig wäre, würde ich mir wünschen, dass ein paar Demonstranten bei einer auswärtigen Kabinettsitzung für mehr Steuerbeamte und mehr Steuerbeamtinnen in Bayern eintreten. Dann würde der Ministerpräsident dieses Thema wahrscheinlich auch noch gleich wegräumen, wie er es eben bei den heilpädagogischen Fachkräften getan hat. Da haben wir als Opposition nämlich die ganze Zeit gesagt: Hey, Staatsregierung, das fehlt in eurem Entwurf des Nachtragshaushalts, ihr habt da einen sozialen Beruf vergessen. Das kann doch nicht sein. Wir brauchen auch dort eine kostenfreie Ausbildung, das aber haben Sie komplett vergessen. - Dann standen ein paar Demonstranten vor der schönen Residenz in Würzburg, und prompt ist eine Tischvorlage gekommen.

Ich frage mich nur, wie man auf die Zahlen in dieser Tischvorlage kam. Wir haben uns bei unserem Entwurf auf die offiziellen Zahlen des Sozialministeriums gestützt. Die lagen zwar völlig daneben, aber das scheint eine gute Sitte im Sozialministerium zu sein, wenn ich mich daran erinnere, dass gerade Frau Ministerin Haderthauer den an-

geblich 100.000. Krippenplatz ausgerechnet in ihrer Heimatstadt eröffnet hat. Die offiziellen Zahlen des Landesamtes für Statistik besagen, dass nur 60.000 Kinder in Bayern in Kitas untergebracht sind.

(Zuruf von der CSU)

- Wie gesagt, das ist die Zahl vom Landesamt für Statistik. Vielleicht haben Sie zugehört. Das sind auch Ihre Beamten und Beamtinnen. Wie gesagt, nur 60.000. Ich frage mich, woher diese Kindermehrung kommt. Ausgerechnet in Ihrer Heimatstadt entstand also dieser 100.000. Krippenplatz, den Sie da feiern durften.

Bei diesem Nachtragshaushalt – und es ist nichts anderes, da hilft auch kein poetischer Name wie etwa "Bildungsfinanzierungsänderungsgesetz" oder wie auch immer – arbeitet die Staatsregierung mit ungedeckten Wechsell. Ein Teil der Finanzierung des Nachtragshaushalts sollen nämlich 200 Millionen Euro Einsparungen sein. Die Ankündigung der Staatsregierung war ganz schön großspurig. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2013/2014 sollten 200 Millionen Euro im Haushaltsvollzug eingespart werden. So hieß es nach der Kabinettsitzung. Doch selbst nach den Beratungen des Haushalts ist völlig unklar gewesen, in welcher Form, wann und in welchen Aufgabebereichen gespart werden soll.

Deshalb habe ich dazu eine Mündliche Anfrage gestellt, um zu hören, woher diese 200 Millionen Euro kommen sollen. Wie immer kam aus dem Finanzministerium mit dem obersten Dienstherren Finanzminister Dr. Söder keine bzw. eine supervage Antwort. Minister Söder drückt sich eben in der Antwort nicht nur vor konkreten Angaben. Er benennt einfach lapidar eine Standardmaßnahme: Mittel zur Wahl, zur Realisierung von Einsparungen sind eben durch sparsame Mittelbewirtschaftung zu erreichen. Aber der Resteeinzug wird doch regelmäßig praktiziert und wäre auch ohne diesen Nachtragshaushalt gekommen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von Schwarz-Gelb, Sie arbeiten hier mit ungedeckten Wechsell. Niemand weiß, wie viel am Ende des Jahres tatsächlich übrig bleibt und eingezogen werden kann. Nachhaltigkeit in Ihrem Nachtragshaushalt – Fehlanzeige!

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb hätten wir mit unserem eigenen Antragspaket realistische Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht. Wir fordern einen Verzicht auf das Landeserziehungsgeld, wir fordern einen Verzicht auf die Beitragsreduzierung bei den Kindergärten und fast keine Investitionen in den Straßenneubau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fazit hier: Mit uns gäbe es ein deutlich besseres und weniger populistisches sogenanntes Bildungsfinanzierungsgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Statt wie Schwarz-Gelb PR-wirksam die Schulden zu tilgen, wollen wir die immens hohe verdeckte Verschuldung angehen. Deshalb haben wir das beantragt, was Sie eben zur Schuldentilgung aus der Rücklage entnehmen und groß verkaufen: eine Sonderzahlung an den Pensionsfonds zu machen. Denn das wird uns in den kommenden Generationen tatsächlich auf die Füße fallen.

Das größte Haushaltsrisiko aktuell ist die Politik von Schwarz-Gelb mit diesem Nachtragshaushalt und die schwarz-gelbe Personalpolitik in Sachen Steuerverwaltung in der Politik in Berlin, siehe auch das geplante deutsch-schweizerische Steuerabkommen. Dazu kann ich nur sagen: Zum Glück konnten wir, Rot-Grün, das im Bundesrat stoppen, weil allein die Zahl der Selbstanzeigen zeigt, dass es genau richtig war, dieses deutsch-schweizerische Steuerabkommen zu stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Laut "Handelsblatt" – und das "Handelsblatt" ist nicht verdächtig, irgendwie linksradikal zu sein – gab es allein seit Anfang dieses Jahres rund 3.300 Selbstanzeigen in den

großen Bundesländern. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter sprach, als das geplante Abkommen noch nicht gestoppt war, von der größten Begnadigung deutscher Straftäter, die die Geschichte je gesehen hat. Also vielen Dank, dass Rot-Grün dieses Abkommen im Bundesrat stoppen konnte!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Vorschläge eines Finanzministers Söder kommen auch noch dazu. Für Bayern würde es rote Haushaltszahlen bedeuten, wenn man nämlich die Rücklagen angreifen und all diese bayernspezifischen Steuern einführen würde. Da würde man Ende 2014 auch in Bayern ganz schnell in die roten Zahlen rutschen.

2013 – es ist Wahljahr in Bayern. Das ist bei diesem Nachtragshaushalt nochmals besonders spürbar. Wie in jedem Wahljahr steigen die Investitionen ohne Ende an. Wenn ich jetzt eine Kurve zeigen würde, würde man sehen, dass es 2013 nach oben und schon 2014 mit dem Doppelhaushalt wieder ein Stück nach unten geht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Es wird hier Geld ausgegeben ohne Ende. Überall im ganzen Land gibt es irgendwelche Spatenstiche, irgendwelche neuen Veranstaltungen, damit man sich gut präsentieren kann.

Die Einnahmen – siehe Unterbesetzung der Steuerverwaltung – werden sträflich vernachlässigt. Diese Politik kann auf Dauer nicht gut gehen, besonders dann nicht, wenn Finanzminister Söders Steuervorschläge vom Bayerntarif bis zur Eindampfung der Erbschaftsteuer in die Tat umgesetzt würden. Aber zum Glück finden er und seine Steuervorschläge in Berlin keinerlei Beachtung, denn dann wäre, wie gesagt, 2014 die Rücklage komplett weg. Dabei ist diese Rücklage doch für schlechte Steuerjahre gedacht, also nicht für ein Jahr, in dem es brummt wie in diesem Jahr, und eben nicht für ein gutes Jahr, auch wenn es ein Wahljahr ist.

Wie werden uns beim Nachtragshaushalt genauso wie im Ausschuss enthalten. Es ist richtig – das ist die Tugend dabei -, die Studiengebühren abzuschaffen, aber es ist eben auch sehr, sehr viel Not dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Pult! Freiherr von Gumppenberg hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte.

Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Verehrte Kollegin Stamm, mir war im Endeffekt nicht ganz klar, ob das eine haushalts- oder eine bildungspolitische Rede war. Mich interessiert ein einziger Punkt - -

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Freiherr von Gumppenberg hat das Wort.

Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): In einem Punkt war Ihre Rede für mich sehr deutlich. Sie haben gesagt, man sollte, statt Straßen zu bauen, lieber andere Dinge finanzieren. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das konkret heißt, dass man in Bayern auf den Straßenbau im Allgemeinen und im Besonderen verzichten sollte?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist "im Allgemeinen und im Besonderen"?)

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich hatte mir überlegt, ob ich es überhaupt noch nennen soll, weil ich bei Ihnen keinen Gähneffekt hervorrufen wollte. Das ist ganz klar unsere Forderung, und zwar schon seit Jahren. Wir sagen: Bayern ist mit Straßen und mit seinem Straßennetz gut ausgestattet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann sein, dass es einmal eine Umgehungsstraße braucht. Aber das muss man genau prüfen. Wir brauchen keine neuen Straßen. Wir waren aber auch so ehrlich und haben in diesem Haushalt tatsächlich nur jene Straßen zur Gegenfinanzierung genommen, die von der Planung her noch zu stoppen wären. Deswegen fällt unsere Gegenfinanzierung nicht so groß aus, wie wir es gerne hätten. Wir würden uns wünschen, dass mehr Geld in die Sanierung flösse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen habe ich hier schon öfter den Vorschlag gemacht, man sollte es bei reparierten Straßen dem Kollegen Winter oder Innenminister Herrmann überlassen, ein weiß-rotes Band pressewirksam zu zerschneiden; dann würde es mehr reparierte und weniger neue Straßen in diesem schönen Land geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die FDP erteile ich Herrn Klein das Wort. Bitte sehr.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich ein Land vor, in dem sich die Bürger eine solide Finanzpolitik wünschen; stellen Sie sich ein Land vor, in dem für die Bürger gleiche Bildungschancen ausschlaggebend für soziale Gerechtigkeit sind,

(Volkmar Halbleib (SPD): Stellen Sie sich ein Land ohne FDP vor! Das ist auch nicht schlecht!)

und stellen Sie sich ein Land vor, in dem sich die Bürger eine Regierung wünschen, die nicht sich, sondern den Bürger in den Mittelpunkt stellt. - Warum soll man sich das vorstellen? Das ist Bayern seit 2008, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Kleinsche Märchenstunde! - Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Die FDP in Regierungsverantwortung hat dem Bildungsland Bayern gutgetan. Im Doppelhaushalt 2013/2014 fließen 33,9 Milliarden Euro in die Bildung. Das ist ein Plus von 3,7 Milliarden Euro gegenüber 2008. Das bedeutet konkret eine bessere individuelle Förderung, mehr Ganztagsangebote bei offenen und gebundenen Ganztagschulen, 43.500 zusätzliche Studienplätze und damit mehr Chancengerechtigkeit für die junge Generation.

Wir haben die Chancengerechtigkeit und vor allem die Generationengerechtigkeit in einem weiteren zentralen Feld der Politik stark ausgebaut: in der soliden Finanzpolitik.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Studiengebühren wolltet ihr schon immer abschaffen, oder?)

Denn diese Koalition aus CSU und FDP verantwortet keinen einzigen Cent an neuen Schulden. Das tun wir, um künftige Generationen nicht weiter zu belasten. Dies ist der erste Baustein unserer soliden Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Baustein unserer soliden Finanzpolitik ist die Aufnahme der Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung, für die wir uns – und ich mich ganz persönlich – schon seit 2010 stark gemacht haben. Das ist der Beweis dafür, dass generationengerechte Finanzpolitik in Bayern dauerhaft gesichert bleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

All jenen, die immer wieder fragen, ob es denn dieses politische Commitment braucht, so wie Kollege Halbleib jetzt gerade, empfehle ich einen Blick nach Nordrhein-Westfalen. Dort zeigt eine Landesregierung, wie man mit politischen Commitments und mit der Schuldenbremse umgehen kann. Dort findet die größte Unterwanderung eines breiten Konsenses auf Bundesebene statt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie einmal, was Rüttgers angestellt hat! Ein bisschen Selbstkritik, bitte!)

Der dritte Baustein ist die Schuldentilgung als zentraler Bestandteil der Generationengerechtigkeit dieser Regierung mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit auch zukünftiger Generationen zu erhalten. Denn es ist nicht der am sozialsten, der heute viele große soziale Wohltaten verspricht und austeilt, sondern derjenige, der zukünftige Generationen in die Lage versetzt, den Sozialstaat zu erhalten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr macht nur Geschenke für eure Klientel!)

Deshalb ist die Schuldentilgung der richtige Weg. Die Beharrlichkeit der FDP-Fraktion und der Liberalen insgesamt hat sich als erfolgreich erwiesen. Wir haben schon im November 2011 die Schuldentilgung beschlossen und den Anstoß in die Koalition gegeben. Der Weg aus dem Schuldenstaat ist in Bayern unwiderruflich begonnen worden. Wir haben im Nachtragshaushalt 2012 eine Milliarde Euro getilgt. Im Doppelhaushalt 2013/2014 waren 1,06 Milliarden Euro geplant. Es ist – das kann man gar nicht oft genug betonen – ein zentraler Punkt des Bildungsfinanzierungsgesetzes, dass es uns gelungen ist, immer wieder darauf hinzuweisen und einzufordern, dass zusätzlich zu diesen 1,06 Milliarden Euro 480 Millionen Euro in die Schuldentilgung fließen. Damit tilgen wir im Doppelhaushalt 1,5 Milliarden Euro und in drei Jahren 2,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP)

Das sind 2,5 Milliarden Euro für die Generationengerechtigkeit in Bayern und mehr als 10 % der Schulden, die wir von der Vorgängerregierung übernommen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): In dieser Periode wurden 10 Milliarden aufgebaut!)

Die Tilgung der bayerischen Altschulden ist die klare politische Zielsetzung. Schon allein in diesem Punkt unterscheiden wir uns von der Opposition aus SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN. Sie machen Schulden, wir tilgen Schulden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Thomas Hacker (FDP): So ist es!)

Ein weiterer zentraler Bestandteil dieses Bildungsfinanzierungsgesetzes sind 150 Millionen Euro, die zusätzlich in die frühkindliche Bildung fließen. Wir gehen in die Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft, in den fließenden Übergang vom Kindergarten auf die Grundschule allein mit 75 Millionen Euro. Wir sorgen für ein Mehr an Betreuungsqualität, flexiblere Öffnungszeiten, wohnortnahe Förderung von Kindern mit Behinderung und für verbesserte Betreuungszeiten für Kleinkinder - allein dieser

Block macht 50 Millionen Euro aus. Und wir gehen – ja, ganz bewusst, Kollegin Stamm – einen weiteren Schritt bei der Beitragsbefreiung im Kindergarten.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Mit 50 Euro zusätzlichem Zuschuss ab dem 1. September 2014 pro Monat und Kind erreichen wir die Beitragsfreiheit der halben Zeit im Kindergarten. Das ist ein beispielloser Akt für Deutschland. Das bedeutet eine Entlastung um 1.800 Euro in der Gesamtzeit für die Eltern im Freistaat Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Inge Aures (SPD): Da klatscht ja nicht einmal die FDP!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin gerne bereit und nehme diese Herausforderung von den GRÜNEN auch an, dieses Thema im Wahlkampf offen mit Ihnen auszutragen und zu sagen, dass Sie nicht bereit sind, eine familienpolitische Leistung zu erbringen und Familien um 1.800 Euro zu entlasten, Familien, die die Leistungsträger in diesem Land sind, die sich in der Startphase befinden und schon genügend finanzielle Lasten tragen. Wir entlasten sie, Sie wollen sie belasten.

(Beifall bei der FDP)

Auch setzen wir mit 62 Millionen Euro einen Schwerpunkt in der beruflichen Bildung. Das ist der Meisterbonus von 1.000 Euro; der Pflegebonus macht insgesamt 23 Millionen Euro aus, und es geht um den schon vom Kollegen Herold angesprochenen und noch im Haushaltsverfahren beschlossenen Schulgeldausgleich für die privaten Fachschulen für Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe in Höhe von 10 Millionen Euro. Damit setzen wir einen klaren Schwerpunkt in der beruflichen Bildung und in der frühkindlichen Bildung.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung gehen wir noch darüber hinaus. In den Krippenausbau, bei dem wir seit 2008 einen enormen Aufholprozess gestartet haben, geben wir noch einmal 274 Millionen Euro. Wir führen das Sonderinvestitionsprogramm Krip-

penausbau über 2013 hinaus bis 2014 durch. Bayern investiert wie kein anderes Bundesland – auch das hat Kollege Herold zu Recht schon erwähnt – in den Ausbau der Krippenplätze. Wir haben die Anzahl der Krippenplätze seit 2008 von 44.000 auf 105.000 Angebote erhöht und damit mehr als verdoppelt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man vielleicht zu Recht sagen, dass Bayern im Jahr 2008 etwas im Hintertreffen war.

(Christa Naaß (SPD): Nur etwas?)

Aber diese Koalitionsregierung aus CSU und FDP hat nicht nur eine Aufholjagd gestartet, sondern wir haben auch alle anderen überholt. Denn nirgendwo ist der Unterschied zwischen Bedarf und Angebot so gering wie in Bayern. Auch deshalb ist dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ein voller Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Der vierte Baustein ist die volle Kompensation der Studienbeiträge: 219 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit; denn erstens wollte nicht jeder die volle Kompensation für die Hochschulen insgesamt und zweitens sieht der Vorschlag der Opposition zur Kompensation vor, dass alle Universitäten keine volle Kompensation bekommen. Wir als FDP wollten von Anfang an für den Fall, dass die Studienbeiträge wegfallen, eine volle Kompensation der Studienbeiträge, und zwar so, dass sie jede Hochschule erreicht. Und das haben wir jetzt auch in Gesetzesform gegossen.

Der fünfte Baustein ist die Abfinanzierung. Verpflichtungen aus der Vergangenheit für beschlossene Baumaßnahmen in Höhe von 150 Millionen Euro werden im Privatschulbereich, im Vereinssportstättenbau oder für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zur Verfügung gestellt. Auch das ist ein wichtiger Baustein in diesem Bildungsfinanzierungsgesetz. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal festhalten, dass

wir mit 480 Millionen Euro Schuldentilgung und 150 Millionen Euro Abfinanzierung insgesamt 630 Millionen Euro in den Abbau alter Verpflichtungen investieren. Das ist ein großer Beitrag zur Generationengerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Natürlich darf auch ein Punkt nicht unerwähnt bleiben, der der FDP schon lange ein Anliegen gewesen ist: Aufgrund allgemeiner politischer Konstellationen ist es gelungen, in diesem Haushaltsgesetz auch noch die Deutschkurse für Asylbewerber unterzubringen. Liebe Brigitte Meyer, wir haben schon lange für dieses Ziel gekämpft, haben aber leider keine Mehrheit gefunden; jetzt ist es gelungen. Auch deshalb ist dieses Bildungsfinanzierungsgesetz ein großer Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Welche sind die großen Klammern um dieses Bildungsfinanzierungsgesetz? – Die solide Finanzpolitik, die ich Ihnen eben schon dargestellt habe, die Symmetrie in der Bildungsfinanzierung und die Durchlässigkeit als große gesellschaftliche Botschaft dieser Koalition. Es ist uns gelungen, gerade auch für die frühkindliche Bildung beim Thema Durchlässigkeit 150 Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Die Durchlässigkeit in Bayern wird mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz stark zunehmen, weil wir den fließenden Übergang vom Kindergarten zur Grundschule und die Qualität der Betreuung verbessern, wie ich schon ausgeführt habe.

Die Durchlässigkeit in Bayern hat auch durch die flexible Grundschule zugenommen, in der das individuelle Lerntempo der Kinder berücksichtigt wird. Die ersten zwei Schuljahre können in einem Schuljahr, in zwei Schuljahren oder in drei Schuljahren durchlaufen werden. Die Durchlässigkeit in Bayern wurde auch mit der Gelenkkasse verbessert, sodass man direkt nach der fünften Klasse ohne Wiederholung in die sechste Klasse wechseln kann.

Wir haben Bayern auch mit den Kooperationsmodellen durchlässiger gemacht. Mittelschule und Realschule arbeiten zusammen. Bei erfolgreichem Erreichen des qualifizierten Abschlusses kann nach zwei zusätzlichen Jahren auch der Realschulabschluss an der Mittelschule erworben werden. - Bayern ist auch in der FOS/BOS durchlässiger geworden. Neben dem Weg über das Gymnasium kann dort die Allgemeine Hochschulreife erreicht werden.

Bayern ist durch das Meister-BAföG durchlässiger geworden. Wir geben hier 49 Millionen Euro in jedem Jahr; 22.000 junge Menschen haben im Jahr 2012 davon Gebrauch gemacht. Bayern wird jetzt durchlässiger durch den Meister-Bonus.

Bayern ist ferner durch die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung für Meister durchlässiger geworden, die wir schon in den Jahren 2009 und 2010 nach großem Engagement von Wolfgang Heubisch, dem ich an dieser Stelle dafür noch einmal danken möchte, eingeführt haben.

Bayern ist in dieser Koalitionsregierung durchlässiger geworden. Wir sind der Meinung, dass dieser Weg im Bildungssystem richtig ist. Das findet sich nicht nur in diesem Bildungsfinanzierungsgesetz wieder, sondern in den Haushalten der letzten Jahre. Wir haben fast 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Auch das findet sich im Haushalt wieder, weil uns die Durchlässigkeit wichtig ist.

Wenn Sie der Meinung sind, vielleicht denke nur die FDP beim Thema Durchlässigkeit so, vielleicht sei nur die FDP der Meinung, dass die Bildungsgerechtigkeit für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland ausschlaggebend ist, dann möchte ich Ihnen klar sagen: Es ist nicht nur die FDP. Vielmehr steht in einer Befragung der Deutschen laut einer Studie des Allensbach-Instituts an allererster Stelle der Wunsch, dass die soziale Gerechtigkeit für die Bildungschancen ausschlaggebend sein soll. Deshalb widmen wir uns diesem Thema. Wir tun dies nicht deshalb, weil wir es programmatisch für angebracht halten. Wir gießen das in Haushaltsform, weil das der Wunsch der Bevölkerung ist. Das zeigt, dass die FDP näher am Menschen ist.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die Qualität des Bildungssystems haben verschiedenste Gutachten und Monitore gezeigt. Im Mittelstandsbarometer von 2013 von Ernst & Young zum Beispiel liegt Bayern auf Platz eins in der Beurteilung der Bildungspolitik. Übrigens lag Bayern im Vorjahr auf Platz drei. Man sieht, dass diese Koalition eine Entwicklung nach oben geschafft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Bildungsmonitor 2012 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Platz eins für Bayern bei Schulqualität, Förderung der beruflichen Bildung und Input-Effizienz. Bertelsmann Studie zum Schulwechsel vom Oktober 2012: Bayern top. Für alle, die das immer wieder kritisieren, sage ich: Es gibt nur in Bayern so viele Aufsteiger und mehr Aufsteiger als Absteiger. Unsere Bildungspolitik und unser Weg, Bayern durchlässiger zu machen, haben Erfolg. Das spiegelt sich in den Zahlen wider.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb gehen wir diesen Weg mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz weiter. Wir arbeiten an der Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung, in der frühkindlichen Bildung und in der Hochschule; denn die Durchlässigkeit des Bildungssystems sorgt für Chancengerechtigkeit beim Start ins Berufsleben und für eine qualitativ hochwertige Schulausbildung. Das ist auch ausschlaggebend bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Das ist wichtig für das Innovations- und Forschungsland Bayern. Es ist auch wichtig dafür, dass wir in Bayern weiterhin ein so hohes Wachstum haben, dass die Bürgerinnen und Bürger in Wohlstand leben und der Wohlstand erhalten wird, aber auch dafür, dass die Steuereinnahmen in Bayern weiter sprudeln, die wir zur Konsolidierung und zur Schaffung von Freiräumen für Investitionen in die Bildung brauchen. Deshalb ist dieses Bildungsfinanzierungsgesetz, ist dieser Nachtragshaushalt auf der Linie der Politik dieser Koalition. Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist kein Ausrutscher

und kein Versehen. Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist auch nicht aus der Not geboren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es wurde uns auch von niemandem aufgezwungen,

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

sondern es folgt der klaren Linie unserer Politik. Wir tilgen Schulden in Höhe von 480 Millionen Euro. Wir schaffen Durchlässigkeit bei den Schulformen, wie ich Ihnen schon dargelegt habe.

(Widerspruch von der SPD)

Wir wollen Bayern nicht nur lebenswerter machen, sondern wir wollen auch die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns weiter stärken. Deshalb widmen wir uns der Haushaltskonsolidierung, der Durchlässigkeit und der Bildungssymmetrie in diesem Land; denn eines ist doch ebenso klar: Wenn wir an der Spitze der Bildungspyramide eine Entlastung der Studierenden an Hochschulen vornehmen, dann steht für uns Liberale im Vordergrund, dass auch bei der frühkindlichen und der beruflichen Bildung ein Finanzierungsschwerpunkt liegen muss. Deshalb wird das eine runde Sache, die mit diesem Gesetz nicht nur auf den Weg gebracht wird, sondern sie ist in der gesamten Regierungspolitik dieser Koalition begründet. Das ist ein Zwischenergebnis dieser Koalition, die im kommenden September in die Verlängerung gehen wird, und zeigt, dass wir eine klare Vorstellung davon haben, wohin wir Bayern führen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

In dieser Richtung werden wir weiterarbeiten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Klein. – Für die SPD bitte ich Frau Naaß und anschließend Herrn Strobl ans Mikrofon. Ihnen gemeinsam verbleiben neun Minuten und zweiundvierzig Sekunden Redezeit.

Christa Naaß (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein – wo ist er denn? -, das war gerade eine richtig schöne Märchenstunde, die Sie uns da gegeben haben.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Die Märchen kommen jetzt! Das ist die Realität in Bayern, Frau Kollegin Naaß!)

In Ihrer Märchenstunde haben Sie ausgeblendet, dass CSU und FDP diesem Land 10 Milliarden Euro Schulden aufgebürdet haben.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Sie blenden das aus.

Zweitens. Als Überschrift über dieses Bildungsfinanzierungsgesetz könnte man schreiben: Wohin die Angst führt. Die Regierungsfractionen haben Angst vor dem Votum der Bürgerinnen und Bürger, die Studiengebühren per Volksentscheid zu kippen, und Angst davor, dass diese Koalition kippt; denn das war der Antrieb für Sie, dieses Bildungsfinanzierungsgesetz überhaupt vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Es war die Angst davor, dass diese Koalition flöten geht, und davor, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mittlerweile die Opposition das Regierungshandeln bestimmt und nicht mehr Sie.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Hört! Hört!)

Schauen Sie sich doch Ihren eigenen Gesetzentwurf mit der Überschrift "Abschaffung der Studiengebühren" an. Das ist eine Forderung der Opposition. Die Kompensation

ist ebenfalls eine Forderung der Opposition. Wer hat den Meisterbonus, den Pflegebonus, den Schulgeldersatz bei der Altenpflege, in Kinderpflegeschulen und Fachakademien für Sozialpädagogik seit Jahren gefordert? Das waren doch nicht Sie. Sie haben blockiert. Das Sozialministerium und das Kultusministerium haben zwei Jahre lang blockiert, bis es überhaupt zu einer Verbesserung bei der Altenpflege gekommen ist. Forderungen, die die SPD seit Jahren gestellt hat, haben Sie abgelehnt und jetzt durch dieses Bildungsfinanzierungsgesetz aufgegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Bis zur letzten Minute waren Sie nicht in der Lage, einen gescheiterten Antrag zur Heilerziehungspflege einzubringen. Der Antrag wurde erst während der Beratungen zum Einzelplan 10 schnell vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Die Beitragsentlastung und die Verlängerung des Sonderinvestitionsprogramms sind Forderungen der Opposition, die Sie jetzt in diesem Zusammenhang aufgreifen. Im Grunde genommen regieren wir schon mehr, als Sie sich das vorstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Genauso ist es mit der Verbesserung der Situation der Asylbewerber in Bayern gelaufen. Die SPD hat im Doppelhaushalt zusätzliche Mittel gefordert, für das Haushaltsjahr 2013 1,5 Millionen Euro und für das Haushaltsjahr 2014 3 Millionen Euro. Das haben Sie noch vor vier Monaten abgelehnt. Jetzt kommen Sie mit diesem Bildungsfinanzierungsgesetz und haben genau die Mittel aufgenommen, die wir im Dezember beantragt haben. Das haben Sie zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt.

Sie greifen den Ausbau der Kinderbetreuung und die Qualitätsverbesserung jetzt auf. Das sind genau die Forderungen, die wir im Doppelhaushalt gestellt haben. Exakt diesen Betrag haben Sie mit dem Bildungsfinanzierungsgesetz für das Jahr 2014 übernommen. Leider Gottes haben Sie das Jahr 2013 vergessen. Deswegen haben wir

einen Änderungsantrag eingereicht. Diesem können Sie heute noch zustimmen. Dann hätte das Ganze noch Sinn. Sie haben sich nur auf das Jahr 2014 und nicht auf das Jahr 2013 konzentriert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute nehmen Sie die längst erforderliche Korrektur an Ihrer eigenen Regierungspolitik vor. Leider machen Sie das nur halbherzig; denn mit Steuergerechtigkeit haben Sie nach wie vor wenig am Hut. Das sieht nicht nur die SPD so. Der Oberste Rechnungshof schreibt das jedes Jahr seit 1998 in jeden Bericht. Erst letzte Woche haben wir im Haushaltsausschuss wieder über den Bericht des Obersten Rechnungshofes diskutiert. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet: Bayern zeichnet sich traditionell durch eine eher laxen Praxis aus. Das sage nicht ich, sondern der ehemalige Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek. Er ist jedem hier im Hohen Haus bekannt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ist Herr Söder noch da? Sie spielen sich als Goldesel auf und verteilen die Dukaten, die Ihnen gar nicht selber gehören, mehr als großzügig über das Land. Eine Einweihung jagt die andere. Auf der anderen Seite tun Sie nichts, aber auch gar nichts, um die Steuereinnahmen zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist beim Einsatz von Personal im bundesweiten Vergleich Schlusslicht, ob bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung oder der Umsatzsteuer-Sonderprüfung. Kleine Betriebe werden nur noch alle 40,8 Jahre, mittlere Betriebe alle 19,9 Jahre und Großbetriebe alle 4,9 Jahre geprüft. Nicht umsonst wird Bayern als Paradies für Steuersünder bezeichnet. Die Unehrliehen profitieren – solche Schlagzeilen lesen wir jeden Tag. Heute in "Spiegel online": Das weiß-blaue Steuerparadies. Der ehemalige Finanzminister Huber hat sich dieser Tage mit der Forderung zu Wort gemeldet, Bayern brauche mehr Steuerfahnder. Da muss man schon fast lachen. Kolleginnen und Kollegen, das ist mehr als makaber.

(Beifall bei der SPD - Susann Biedefeld (SPD): Volksverdummung!)

Wer ist dafür verantwortlich, dass derzeit ein rechnerischer Personal Fehlbedarf von fast 5.000 Stellen in der Finanz- und Steuerverwaltung besteht? Das ist ein Skandal, den Sie und Ihre ehemaligen Finanzminister Huber, Falthäuser und Fahrenschohn und Sie, Herr Staatsminister Söder, zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Allein beim Finanzamt München besteht im Rahmen der Betriebsprüfung eine Unterbesetzung von 25 %. Dieses kleine Steuer-FBI, das Sie auf den Weg gebracht haben, ist mehr als lachhaft im Verhältnis zu dem, was auf den Weg gebracht werden müsste.

Obwohl Bayern Schlusslicht im bundesweiten Vergleich bei der Betriebsprüfung ist, wurde die Zahl der Betriebsprüfer um das Doppelte reduziert. Herr Huber hat früher der Opposition vorgeworfen, eine "Neiddiskussion zu führen", als wir immer wieder das Thema Steuervollzug thematisierten, "und den Standort Bayern schlechtzureden". Mir klingen noch die Ohren. Ich kann mich noch ganz gut erinnern. Selbstverständlich haben wir als Opposition, als SPD, Anträge eingebracht, um die Steuer- und Personalsituation zu verbessern. Das milliardenschwere Staatsversagen ist Realität im Freistaat Bayern. Deswegen wollen wir mehr Steuergerechtigkeit hervorrufen.

Ich möchte mich bei den Beschäftigten bedanken, die trotz dieser widrigen Umstände ihr Bestes tun. Dabei denke ich nur daran, dass Sie den Pensionsfonds kappen wollen. Das wäre aber für die Beschäftigten wichtig. Ich gebe Ihnen den Rat: Stimmen Sie heute unseren Anträgen zu. Damit tragen Sie endlich zu mehr Steuergerechtigkeit bei. und dann könnten Sie heute Nacht etwas ruhiger schlafen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herrn Strobl von der SPD verbleiben 3 Minuten und 26 Sekunden Redezeit. Das schaffen Sie.

Reinhold Strobl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) - Das schaffe ich.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein, Sie haben gesagt, wir machten Schulden, und Sie würden die Schulden tilgen. Ich möchte eines feststellen: In Bayern haben wir noch keinen einzigen Euro Schulden gemacht. Das waren Sie, CSU und FDP. Damit das mal klar ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU und der FDP)

- Je größer der Aufschrei, desto besser gefällt es mir.

Herr Kollege Herold, Sie haben ein Loblied auf die Landesregierung gesungen. Sie haben die Verdienste und neuen Aktivitäten ausgeführt. In Wahrheit war das eine Aufzählung der bisherigen Versäumnisse. Das muss man auch einmal feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nach wie vor Probleme: Wir haben zu wenig Lehrer. Wir haben zu große Klassen. Wir haben an vielen Orten eine ruhende Mittelschule. Wir haben das G 8. Gescheite Leute von der CSU sagen: Es muss jetzt wieder Ruhe in die Bildungspolitik kommen. Haben wir Unruhe in die Bildungspolitik gebracht? All das, was täglich an Pressemeldungen und Rundschreiben kommt, kommt aus dem Kultusministerium.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt habe ich ein Problem, weil meine Redezeit nur noch 1 Minute und 54 Sekunden beträgt. Eines muss auch klar sein: Geht es um Bildung, oder geht es um Haushalt? Das ist vorhin schon einmal gesagt worden. Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Finanzpolitik und dem, was man für die Bildung tun muss. Wenn man auf Finanzprüfer verzichtet und keine Steuer-CDs kaufen will, hat das Auswirkungen auf den Haushalt. Wenn man keine gerechte Steuerpolitik betreiben will, hat das Auswirkungen. Um eine vernünftige Bildungspolitik machen zu können, braucht man die entsprechenden Finanzmittel. Das hat überhaupt nichts mit Neid zu

tun, sondern damit, dass jeder nach seinen Möglichkeiten an der Finanzierung unseres Staates zu beteiligen ist. Darum geht es und um nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Das A und O in unserem Land ist eine gerechte Steuerpolitik. Wenn man die betreiben würde, wäre vieles zu finanzieren. Während die Sportvereine – das ist noch nicht angesprochen worden – bei uns auf die Auszahlung der seit Jahren zugesagten Finanzmittel warten müssen, hat man schon vor ein paar Jahren im Bereich Jugend und Sport verschiedene Maßnahmen finanziert. Das muss man auch noch einmal in Erinnerung rufen. Bayern war beim kostenfreien Kindergartenjahr nicht dabei. Das ist nicht bei uns, sondern in Kärnten erfolgt. Wir haben 1.000 Euro Begrüßungsgeld finanziert, aber nicht bei uns, sondern in Kärnten.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat dazu beigetragen, dass ein neues Fußballstadion gebaut wurde, aber nicht bei uns, sondern in Kärnten. Das alles muss man in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt wirklich noch viel zu tun. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Sportvereine jetzt mehr bekommen. Endlich bekommen die Sportvereine ihre Gelder schneller, auf die sie vorher jahrelang warten mussten. Das ist gut. Jedoch ist eine weitere Verbesserung der Situation nach wie vor notwendig.

(Thomas Hacker (FDP): Also stimmen Sie jetzt zu!)

Das werden wir nach dem 15. September auch machen. Dann werden wir die Schulden, die Sie über Jahrzehnte aufgebaut haben, zurückzahlen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Staatsregierung hat Staatsminister Söder um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dieser Debatte sehr ausführlich zugehört. Wenn noch mehr Bürger als heute hier im Saal die Debatte verfolgt hätten, hätten sie – so könnte ich es mir vorstellen – gehört: Bayern ist Schlusslicht, Bayern ist schlimmer als die Schweiz; in Wahrheit regiert die SPD schon. Die Bürger bekämen bei der Vorstellung, dass Bayern Schlusslicht ist und die SPD schon regiert, wirklich Angst. Gott sei Dank aber ist die Situation in der Realität eine andere.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es stimmt, Bayern macht nicht alles perfekt. Bayern macht es aber besser als alle anderen, und das lässt sich belegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erst gestern hat die international anerkannte und hoch kritische Agentur Standard & Poor's Bayern erneut ein Triple A bescheinigt, weil sie in der Finanzpolitik eine der großen Stärken Bayerns sieht. Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen. Bayern ist auch international stark und anerkannt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie rätseln über die Motive und Fragen: Was treibt die Staatsregierung jetzt an? Eines kann ich Ihnen schon sagen: Die Opposition nicht. Neue Ideen habe ich nicht gehört. Von Ihnen kommen kontinuierlich nur Vorschläge dafür, wie man Geld ausgeben kann. Eines sage ich Ihnen schon, Herr Strobl: Sie haben recht, Sie haben noch keine Schulden gemacht. Sie möchten aber Schulden machen, und das werden die Bayern nicht zulassen. Wir machen keine Schulden. Wir lassen das nicht zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Und was war mit der Landesbank?)

Neue Ideen bei der Opposition sehe ich nicht.

Stehen wir so im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern, dass Bayern Angstschweiß hat, weil uns die anderen auf den Fersen sind? Einmal ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Beim Vergleich der Finanzdaten war der Abstand zu den anderen Ländern, den wir haben, noch nie so groß. Selbst das ehemals so starke Baden-Württemberg, das früher zu den Musterländern finanzpolitischer Solidität und Seriosität gehört hat, geht den Weg der Verschuldung. Bayern ist mit einer soliden Finanzpolitik in Deutschland einsam an der Spitze.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Gesetzentwurf, den wir heute behandeln – Kollege Klein und Kollege Herold haben es sehr gut ausgeführt, wie ich finde –, ist nicht ein Signal der Angst, sondern ein Signal der Stärke. Wer kann denn in diesen Zeiten national wie auch international ein solches Werk vorlegen? Das ist doch keine Flickschusterei, sondern ein Konzept, um dieses Land Bayern voranzubringen.

Wir können dieses Konzept aus zwei Gründen vorlegen: Erstens sind die Bayern ganz besonders fleißig. In anderen Bundesländern gibt es zwar auch fleißige Menschen. Der Unterschied besteht aber darin, dass in Bayern eine bessere Politik gemacht wird, und darum kann der Fleiß der Menschen auch die entsprechende Rendite zeigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens haben wir das Geld, das wir jetzt einsetzen, mit Steuermehreinnahmen, einem besseren Haushaltsvollzug und einer guten Finanzpolitik erwirtschaftet. Diese Verbindung aus gutem Wirtschaften, Fleiß der Menschen und einer effektiven und effizienten Finanzpolitik ergibt die Möglichkeit, neue Ansätze zu finden. Was tun wir? Wir

– das finde ich als das eigentlich Faszinierende – verteilen nicht nur Geld. Wir setzen einen Teil des Geldes ganz bewusst ein, um Schulden zu tilgen.

Jetzt kommt die Kritik, ob das sein muss, ob es nicht besser wäre, das Geld irgendwie zurückzulegen. Eines muss jedem klar sein: Geld, das man zur Verfügung hat, auf einem Konto anzulegen und dafür wenig Zinsen zu bekommen, anderswo aber für Schulden hohe Zinsen zu bezahlen, ist schlechtes kaufmännisches Verhalten. Wir verhalten uns wie jeder gute Kaufmann: Wir bauen Schulden ab und keine neuen auf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen ist die Schuldentilgung, die erneut erhöht wird, so wichtig. Vor eineinhalb Jahren haben wir gemeinsam in der Koalition die Schuldentilgung zu einem Topthema gemacht. Am Anfang haben manche gesagt: Da wird nebenbei ein Bisschen, das übrig bleibt, in die Schuldentilgung gesetzt. So haben wir es früher auch schon gemacht; was ist neu daran? Wir haben uns ganz bewusst dazu entschlossen, der Schuldentilgung Priorität einzuräumen, weil wir in der europäischen Schuldenkrise das Signal setzen wollten, dass wir Bayern in diesem weltweiten Wettbewerb um gute Standortbedingungen unabhängig, autark und stabil sind. Deswegen haben wir nicht nur die erste Milliarde investiert, sondern wir haben mit 1,5 Milliarden zusätzlich insgesamt einen Betrag von 2,5 Milliarden Euro investiert. Das sind 11 % der Schulden im allgemeinen Haushalt. Dies haben wir in eineinhalb Jahren erreicht, wobei unser Ziel das Jahr 2030 ist. Man darf an vielem zweifeln. Die Tilgung, die wir geleistet haben, ist aber nach unserer Überzeugung ein klares Signal dafür, dass es keinen Zweifel daran gibt, dass Bayern die Schuldentilgung als erstes und einziges Land in Europa schaffen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Steueroase!)

Nicht nur das haben wir erreicht, sondern wir investieren auch. Die Bildungspolitik steht zu Recht im Fokus der Diskussion. Was ist das Beste, das wir für die Bildung tun können? Ich glaube, darin sind sich alle einig. Neben vielen guten pädagogischen

Konzepten ist auch die Quantität eine Herausforderung. Trotz der Pensionsrücklagen und trotz des Länderfinanzausgleichs geben wir jeden dritten Euro in Bayern für die Bildung aus. Zusammengerechnet war das zwischen 2008 und 2013 ein Plus von 25 %. Zeigen Sie mir ein Land in Deutschland, das die Bildung so stärkt und dabei noch Schulden tilgt. Sie werden kein anderes finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es geht nicht nur um die Abschaffung der Studienbeiträge, denn wir in Bayern beachten anders als in anderen Ländern nicht nur einen Teil der Bildung. Wir unterscheiden nicht zwischen Schule und Hochschule, sondern bauen beide Einrichtungen auf und verbessern die Bedingungen. Das müssen wir auch. Wir haben uns dazu entschieden, die Studiengebühren abzuschaffen. Dennoch gibt es das für die Qualität der bayerischen Hochschulen bemerkenswerte Signal, dass trotz der Studiengebühren in ganz Deutschland der Wunsch bestand, entweder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Bayern zu studieren. Das ist doch ein Mustersiegel für die Qualität der bayerischen Hochschulen. Auch dafür sollte man dankbar, darauf sollte man stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Pflegebonus und dem Meisterbonus setzen wir ein Signal dafür, dass uns die berufliche Bildung genauso am Herzen liegt. Wir setzen ein Signal dafür, lieber Kollege Breitschwert, dass das Handwerk die Basis für wirtschaftlichen Erfolg in Bayern ist. Alte Bundesregierungen haben die Handwerksmeister eher getriezt, geärgert und geschwächt. Wir setzen dagegen ein Signal der Stärkung. Der Meisterbonus ist nicht nur ein Zuckerle, sondern das tiefe Bekenntnis des Freistaats Bayern zu seinem Handwerk.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Pflegebonus mit der Ergänzung für die Heilberufe und die Gebärdendolmetscher ist sozialpolitisch ein wichtiges Signal. Er zeigt nicht nur, dass Bayern auf harte Fiskal-

daten setzt und dass wir bei Analysten, Bankern und Finanzexperten einen guten Ruf haben wollen, sondern er zeigt auch, dass uns der menschliche Zusammenhalt in der Gesellschaft mindestens genauso wichtig ist. In Bayern lohnt es sich nicht nur, jung zu sein und Perspektiven zu haben. In Bayern soll man auch seinen verdienten Lebensabend genießen können. Deswegen stärken wir all diejenigen, die im Land Heil- und Pflegeberufe ergreifen und sich mit Menschen mit Behinderung und mit älteren Menschen auseinandersetzen. Wir wollen in Bayern ein Signal dafür setzen, dass jede Generation eine gute Zukunft hat. Das tun wir mit dem heutigen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur frühkindlichen Bildung sagen. Sie liegt uns allen, uns, der CSU, aber auch der FDP sehr am Herzen. Das möchte ich an der Stelle ausdrücklich erwähnen. Das, was wir für die frühkindliche Bildung leisten, ist auch bemerkenswert. Warum? Anders als in den ganzen Schreidebatten über Familienpolitik leisten wir unmittelbar vor Ort dort, wo es um die Familie und um das Wohl der Kinder geht, Hilfestellung. Wir zeigen für alle Formen der Hilfe eine offene Hand. Wir haben für Migrantenkinder, aber nicht nur für sie, sondern auch dort, wo Familien einen Stärkungsbedarf haben, Angebote für Sprachförderung entwickelt.

Meine Damen und Herren, die Kooperationen zwischen den Grundschulen und den Kindertageseinrichtungen sind Meilensteine der Zusammenarbeit. Liebe Christine Haderthauer, Karsten Klein und Hans Herold haben es bereits angesprochen, aber ich möchte es ebenfalls sagen: Ich erinnere daran, wo wir beim Krippenausbau angefangen haben. Da soll mir einmal jemand ein Bundesland in Deutschland zeigen, dem es gelungen ist, innerhalb einer Legislaturperiode von einem hinteren Platz so nach vorn zu kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wären schon viel weiter, wenn in einigen Städten, wie zum Beispiel München, der zuständige Oberbürgermeister nicht mehr Zeit mit anderen Dingen als mit seiner Kommunalpolitik verbringen würde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch ein Wort zum Personal, das bei Frau Kollegin Naaß und vielen anderen ein wichtiges Thema war. Wir werden über dieses Thema heute Abend noch reden, aber einige Aspekte möchte ich anführen. Eines ist für mich schizophran: Sie sagen, wir hätten einen laxen Steuervollzug, hier würden Vorfälle bewusst ignoriert. Gleichzeitig sagen Sie, die Finanzbeamten seien toll. Meine Damen und Herren, der Steuervollzug wird nicht von diesem Parlament, sondern von den Finanzbeamten gemacht. Wenn sie ihre Arbeit gut machen, gibt es auch keinen laxen Steuervollzug. Bei uns wird nach Recht und Gesetz gearbeitet. Alle anderen Behauptungen sind eine Unverschämtheit, die wir zurückweisen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei uns gibt es die meisten Steuereinnahmen. Bei uns gibt es die höchsten Prüfergebnisse. Sie behaupten, wir hätten nichts getan. Alles zusammengerechnet haben wir in den letzten Jahren bis zu 1.300 Stellen geschaffen und eine Sonderkommission eingerichtet, deren Stellen wir verdoppeln. Die Finanzgewerkschaft kritisiert uns zwar immer wieder, lobt aber dieses Engagement ganz besonders. Ich möchte aber nicht nur von den neuen Finanzbeamten sprechen, sondern auch darauf eingehen, wie Bayern seine Fürsorgepflicht für alle Beamten, nicht nur die Finanzbeamten, wahrnimmt.

Wir werden nachher kurz über die Besoldungsbezüge reden. Für unsere Beamten und die Finanzbeamten ist vieles wichtig, dabei auch, wie ihre unmittelbare Lebenssituation aussieht. Wir in Bayern übernehmen nicht nur für Angestellte, sondern auch für Beamte und Versorgungsempfänger die Erhöhung der Tarifbezüge. Andere Bundeslän-

der, wie Baden-Württemberg, setzen hier auf zeitliche Verschiebungen oder differenzierte Staffellungen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben Sie doch auch gemacht!)

Nordrhein-Westfalen spricht von Null-Runden. Meine Damen und Herren, es ist besser, in Bayern Finanzbeamter zu sein, als unter Rot-Grün oder Grün-Rot.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie sprechen hier über Dinge, die Sie selbst gemacht haben!)

Liebe Frau Stamm, weil wir gerade über Demonstrationen sprechen. Ich würde mir wünschen, dass in Deutschland nicht nur für mehr Geld da oder dort demonstriert wird, sondern dass überall Demonstrationen gegen Schulden organisiert würden. Ich schlage vor, dann einmal vor den Staatskanzleien in Stuttgart, Düsseldorf, Mainz, Kiel und Potsdam zu demonstrieren und vor der Senatskanzlei in Berlin ein Lager aufzuschlagen. Dort muss gegen Schulden demonstriert werden. Bayern muss gelobt werden. Das ist die Lage aus unserer Sicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich respektiere, dass Sie eine andere Auffassung haben. Ich akzeptiere, dass Sie gerne Vorschläge für viele neue Schulden machen. Eines sage ich Ihnen aber schon: Sie erwecken hier den Eindruck, dass Sie ab September regieren würden, da die Umfragen ja toll seien. Ich kenne keine solche Umfrage für Sie, aber das ist nicht entscheidend. Lassen Sie am Ende einfach die bayerischen Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, wo es ihnen gut geht und wo sie glauben, dass es ihnen am besten geht. Fragen Sie die Bürger, was die Zukunft ist. Allein mit einem Schlechtrenden wird man dieses Land nicht regieren können. Ich glaube nicht, dass Sie die Chance dazu erhalten werden. Wir werden alles tun, dass Sie diese Chance nicht bekommen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Staatsminister, ich glaube, Sie haben vorhin nicht richtig zugehört. Ich habe den ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft, Herrn Dieter Ondracek, zitiert, der Folgendes gesagt hat: Bayern zeichnet sich traditionell durch eine eher laxen Praxis aus. Wenn dies sogar der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft sagt, hat er dafür sicherlich seine Gründe.

Ich wiederhole es: Bayern ist Schlusslicht beim Personal, bei der Betriebsprüfung, bei der Steuerfahndung und bei der Umsatzsteuersonderprüfung. Dafür können die Beschäftigten nichts. Sie könnten noch wesentlich mehr herausholen. Sie haben jedoch bisher nicht mehr Personal zur Verfügung gestellt.

Kleinbetriebe werden nur noch alle 40,8 Jahre geprüft, Mittelbetriebe alle 19,9 Jahre und Großbetriebe alle 4,9 Jahre. Das sage nicht ich, sondern das sagt der Oberste Rechnungshof, der dies erst letzte Woche im Haushaltsausschuss wiederholt hat. "Der Freistaat Bayern als Steuerparadies", so lautete die Schlagzeile einer Zeitung. In der "Welt" war zu lesen: Eigentlich leiden wir immer noch unter den Folgen der Regierungszeit von Franz Josef Strauß. In dem Artikel wird zum Beispiel der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft zitiert: Damals sei kein Hehl daraus gemacht worden, dass Bayerns Finanzbeamte nicht so genau hinschauten, um finanzstarke Leistungsträger anzulocken. Das sage nicht ich, ich habe nur zitiert. Heute, nach zwei Jahren, muss ich feststellen: Der Geist von Franz Josef Strauß ist immer noch in Ihren Köpfen. Ein Beispiel dafür ist die Selbstbedienungsmentalität, über die wir heute schon gesprochen haben.

Herr Staatsminister, ich bringe es nochmals in Erinnerung: Jeder Prüfer bringt wesentlich mehr ein, als er kostet. Hier geht es um die Steuergerechtigkeit in diesem Land. Das rechnerische Mehrergebnis pro Prüfer bei einer Betriebsprüfung beläuft sich auf

1,4 Millionen Euro, bei der Steuerprüfung auf 740.000 Euro und bei der Umsatzsteuer-sonderprüfung auf 1,2 Millionen Euro.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, Ihre Zeit ist um.

Christa Naaß (SPD): 1.000 zusätzliche Steuerfahnder würden bedeuten, dass wir Steuermehreinnahmen in Höhe von 300 Millionen Euro für Bayern bekommen würden. Herr Staatsminister, darauf verzichten Sie. Das machen wir Ihnen zum Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident! Frau Kollegin Naaß, Sie haben noch einmal das Gleiche vorgelesen, was Sie schon in Ihrer Rede gesagt haben. Nur weil Sie dies festgestellt haben, muss ich es nicht auch so sehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist so!)

Ich halte das für einen am Rande des Skandalösen liegenden Vorgang. Sie zitieren Zeitungsartikel, nach denen bayerische Finanzbeamte früher nach anderen Gesichtspunkten entschieden hätten. Entweder sind die bayerischen Finanzbeamten hervorragend, dann würden sie das nicht tun, oder das andere gilt. Ich sage ganz offiziell: In Bayern wird besser gewirtschaftet als anderswo. Die bayerischen Steuerbeamten machen einen klasse Job, und zwar nach Recht und Gesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß, dass Sie das ärgert: Die Ergebnisse der bayerischen Steuerfahnder und Betriebsprüfer sind nun einmal überdurchschnittlich.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mehr davon!)

Ich will das nicht ändern. Ich vergleiche das einmal mit einer Mannschaftsleistung: Wir haben vielleicht drei Spieler weniger als andere. Unser Kader ist kleiner. Die Situation

auf der Tabelle ist aber besser. Lieber ein besseres Ergebnis als einen aufgeblähten Kader!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Aggressivität, mit der Sie seit Wochen versuchen, in diesem Parlament einzelne Persönlichkeiten anzugehen, stößt bei mir auf Verständnis, wenn ich gewisse Umfragewerte ansehe.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen - -

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich möchte noch einen Satz sagen.

Diese Umfragen rechtfertigen nicht die Diffamierung einzelner Persönlichkeiten in Ton und Inhalt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr Niveau in diesem Parlament würde uns allen guttun.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt muss ich Sie um Aufmerksamkeit bitten, denn wir kommen jetzt zum Abstimmungsprozedere. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den im Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 sowie Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/16150, 16151, 16153 mit 16155, 16180, 16188 mit 16191, 16228 mit 16243, 16535 und 16536 sowie die entsprechende Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf Drs. 16/16397 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die eingebrachten Änderungsanträge abstimmen. Zunächst lasse ich über die Änderungsanträge der SPD auf Drucksache 16/16535 und 16536 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/16535 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/16536 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltung? – Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Den Nachtragshaushaltsplan empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/16397.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Der kommt später! Vor der Schlussabstimmung. Wir sind jetzt beim Nachtragshaushaltsplan. Ich glaube, es ist korrekt.

Wir stimmen jetzt über den Nachtragshaushaltsplan mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN sowie zwei Kollegen aus den Reihen der FDP-Fraktion. Dem

Nachtragshaushaltsplan 2013/2014 ist mit den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt worden.

Frau Kollegin Gote, hat sich das klären lassen?

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Nicht? Wir machen weiter. Kein Einspruch? – Gut.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge sind gemäß § 126 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1 Teil I)

Zum Nachtragshaushaltsplan 2013/2014 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans 2013/2014 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das waren alle Fraktionen bei einer Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf - Drs. 16/16397 - weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/16151, 16155, 16190 und 16228 damit ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/15926 sowie Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/16181, 16192, 16193, 16244 und 16534 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/16485 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge abzustimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/16181 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte ablehnen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/16192 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte ablehnen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es hier ein Problem? – Nein, offenbar kein Problem. Damit ist dieser Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/16244 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer lehnt ab? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Einzelnen abstimmen lasse ich auch über den nach Abschluss der Ausschussberatung eingereichten Änderungsantrag auf Drucksache 16/16534. Das ist der Änderungsan-

trag, zu dem namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Mit dieser namentlichen Abstimmung beginnen wir jetzt. Es sind fünf Minuten Zeit zur Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 17.17 bis 17.22 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die namentliche Abstimmung ist abgeschlossen. Wie angekündigt, unterbreche ich die Sitzung, bis die Stimmen ausgezählt sind, denn erst dann können wir die Schlussabstimmung durchführen.

(Unterbrechung von 17.22 bis 17.25 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch einen langen Tag und eine lange Nacht vor uns, deshalb wollen wir bitte zügig weitermachen. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ergeben: 65 Ja-Stimmen, 89 Nein-Stimmen und eine Stimmenthaltung.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit ist der Änderungsantrag 16/16534 abgelehnt worden.

Der federführende Ausschuss empfiehlt nun den Gesetzentwurf auf Drs. 16/15926 zur Annahme mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise auf Drucksache 16/16485. Als Inkrafttretenszeitpunkt in § 9 Abs. 2 soll der "2. Oktober 2013" eingefügt werden. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom Haushaltsausschuss empfohlenen Änderungen und mit dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind CSU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Das sind die SPD und die FREIEN WÄHLER und die Kolleginnen Meyer und Bulfon von der FDP. Damit ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Dagegen er-

hebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses mit dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Inkrafttretens seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich nun vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Bulfon. Wer Enthält sich? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER sowie Frau Kollegin Meyer. Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf in der zur Abstimmung gestellten Fassung angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Das Gesetz hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 und weiterer Gesetze mit dem Ziel der Finanzierung von Bildungsausgaben (Haushaltsänderungsgesetz 2013/2014 – Bildungsfinanzierungsgesetz)". Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/16193 seine Erledigung gefunden.

Die Beratung des Haushaltsänderungsgesetzes ist damit fast abgeschlossen, denn Frau Kollegin Bulfon hat sich zu einer Erklärung zur Abstimmung gemeldet, die nun bitte erfolgen möge. Frau Kollegin Bulfon, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Das weiß nicht nur die bayerische Hausfrau, sondern viele Wirtschaftsökonomen geben ihr in dieser Hinsicht recht. Mir geht es vor allem um Folgendes: Ich bin jetzt viereinhalb Jahre für Studienbeiträge eingestanden. Das hatte auf der einen Seite hochschulpolitische Gründe, das hatte in meinen Augen aber auch immer haushaltspolitische Gründe. Darauf war ich stolz, ich habe das wirk-

lich mit Verve vertreten. Ich denke, es ist wichtig, dass wir auch hier Nachhaltigkeit weiterhin vorantreiben. Die Ausgaben müssen immer wieder von den Einnahmen gedeckt werden. Sicherlich, Bayern darf es gut gehen. Das liegt an den sprudelnden Steuereinnahmen. Ich möchte Sie trotzdem darauf hinweisen, dass sich diese Situation auch wieder ändern kann. Ich trete dafür ein, dass wir auch künftigen Generationen Handlungsspielräume ermöglichen. Ich möchte, dass auch künftige Generationen dafür eintreten können, dass frühkindliche Bildung gelebt wird und dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter vorantreiben. Das ist mir persönlich ein ganz besonderes wichtiges Anliegen. Ich bitte deshalb die Kritik des Obersten Rechnungshofes, die sehr differenziert ist, ernst zu nehmen. Insofern kann ich diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit haben wir die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt abgeschlossen.